



Simon Storks, Rainer Faus,  
Jana Faus

# Auf der Suche nach Halt

Die Nachwendegeneration in Krisenzeiten

OBS-Arbeitspapier 62  
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de)

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Autor:innen:

Simon Storks/Rainer Faus/Jana Faus

pollytix strategic research gmbh

Dolziger Straße 7

10247 Berlin

E-Mail: [info@pollytix.de](mailto:info@pollytix.de)

[www.pollytix.de](http://www.pollytix.de)

Redaktion & Lektorat:

Robin Koss (OBS)

Satz und Gestaltung:

Isabel Grammes, think and act

Druck:

AC medienhaus GmbH, Wiesbaden

Titelbild:

[Anticiclo/Shutterstock.com](https://www.shutterstock.com)

Redaktionsschluss:

17. Oktober 2023

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:



Dieses Arbeitspapier ist unter der Creative Commons „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Inhalte sowie Grafiken und Abbildungen dürfen, sofern nicht anders angegeben, in jedwedem Format oder Medium vervielfältigt und weiterverbreitet, gemixt und verändert werden, sofern keine Nutzung für kommerzielle Zwecke stattfindet. Ferner müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht, ein Link zur Lizenz beigefügt und angegeben werden, ob Änderungen vorgenommen wurden. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

## Vorwort

Das Wendejahr 1989/90 steht für die radikaldemokratische Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Verkörpert durch die mutigen Bürger:innen der DDR, die für einen selbstbestimmten Neuanfang auf die Straßen gingen und auf friedliche Weise am 9. November 1989 die Öffnung der innerdeutschen Grenze erwirkten. Es folgten allerdings auch enttäuschte Hoffnungen, die die Nachwendezeit geprägt haben: Schnell schlugen Euphorie und Aufbruch-Stimmung in Ernüchterung und teilweise völkische Gewalt um. Die Realität der Nachwende-Transformationen erschütterte nachhaltig das Versprechen auf eine bessere Zukunft in „blühenden Landschaften“.

30 Jahre nach dem Mauerfall haben wir 2019 untersucht, wie die Umbrüche der 1990er Jahre noch die ‚Nachwendegeneration‘ prägt, also diejenigen, die nach 1989 geboren sind. Während die Folgen der Transformationen im Osten vergleichsweise sehr präsent waren, zeigte sich im Westen eine verbreitete Ignoranz gegenüber den weiterhin bestehenden Ungleichheiten in Arbeits- und Lebenswelt. Die Einschätzungen von Vergangenheit und Gegenwart fielen unterschiedlich aus, geeint war die Nachwendegeneration jedoch in einem positiven Blick nach vorne: Optimistisch wurden die Gestaltungsmöglichkeiten für eine bessere Zukunft hervorgehoben.

Inzwischen sind vier Jahre vergangen – eine Zeit, die durch intensive Krisendynamiken geprägt ist: Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, ökonomische Unsicherheiten und die immer stärker spürbaren Folgen der Klimakrise haben die Normalität des Alltags mit Wucht erschüttert. Diese Entwicklungen waren für die Otto Brenner Stiftung jetzt Anlass, noch einmal die Nachwendegeneration in den Blick zu nehmen und danach zu fragen, ob und wie diese Vielfalt an Krisen in Ost und West verarbeitet wird.

Wir freuen uns sehr, mit der vorliegenden Untersuchung die Zusammenarbeit mit den Autor:innen Simon Storcks, Rainer Faus und Jana Faus von der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix fortzusetzen. In vier Online-Fokusgruppen, mit jeweils sieben Teilnehmenden aus Ost und West und zwei anschließenden Workshops, haben die Forscher:innen Einschätzungen zu privater Zukunft, gesellschaftlicher Stimmung und politischer Gestaltungsmacht diskutieren lassen, systematisiert und ausgewertet. Eine solch explorative Herangehensweise erlaubt es nicht, Verallgemeinerungen anzustreben oder gar Repräsentativität zu gewährleisten. Aber mit ihr können Argumentations- und

Begründungsmuster aufgedeckt werden, die ein tiefergehendes Verständnis für verbreitete Wahrnehmungen und Einstellungen ermöglichen.

Mit Blick auf Ungleichheiten zwischen Ost und West zeigt sich auch in dieser Untersuchung, dass sie den ostdeutschen Teilnehmenden sehr viel bewusster sind. Im Vergleich zur Vorgängerstudie finden sich jedoch auch Unterschiede: Anders als 2019 blickt die Nachwendegeneration derzeit mit großer Ungewissheit auf die kommenden Jahre. Es fehlt sowohl im Osten als auch im Westen an Vertrauen, dass die Zukunft zum Besseren gestaltet werden kann. Die Teilnehmenden zeigen sich krisenmüde, nehmen die gesellschaftliche Stimmung als verhärtet und gespalten wahr und äußern Zweifel an den Lösungskompetenzen der Politik.

Hervorzuheben sind dabei vor allem zwei Dimensionen: Der Nachwendegeneration fehlt es an Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeit. Als Folge fühlen sich die Teilnehmenden den gesellschaftlichen Verhältnissen gegenüber eher ohnmächtig und ausgeliefert. Zudem zeichnet sich bei der Verarbeitung der Krisendynamiken eine Abgrenzung „nach unten“ ab. Hochgehalten wird ein neoliberales Leistungsprinzip, demzufolge Armut und Arbeitslosigkeit als individuelles Selbstverschulden gewertet werden.

Die Befunde der Untersuchung müssen einerseits als Warnsignal verstanden werden. Denn Zukunftsoptimismus, Vertrauen in die Politik, soziale Gerechtigkeit sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt sind den Autor:innen zufolge unverzichtbare Voraussetzungen für eine demokratische Bewältigung von Krisen. Die Problemdiagnosen deuten dabei, andererseits, bereits an, was zu tun ist: Eine Demokratie, die sich auch in Krisenzeiten als stabil behaupten muss, bedarf der Lohngerechtigkeit in der Arbeitswelt, die endlich auch zwischen Ost und West realisiert werden muss. Die Stärkung von Gewerkschaften und betrieblicher Mitbestimmung ist dafür, dass zeigt die Geschichte, unverzichtbar. Zugleich weisen weitere Studien der OBS nach, dass Erfahrungen von Partizipation im Betrieb auch die demokratischen Einstellungen der einzelnen Beschäftigten stärken.

Schon Otto Brenner, der Namensgeber unserer Stiftung, schlussfolgerte 1959: „Von der Demokratisierung der Arbeitswelt wird in einem hohen Maße die Festigung unserer Demokratie abhängen.“ Die vorliegende Untersuchung macht deutlich, dass es sich auch in Zukunft lohnt, für diese radikaldemokratische Vision zu streiten.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Oktober 2023



# Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Fragestellungen .....</b>	<b>7</b>
<b>3</b>	<b>Ein zweistufiger explorativer Forschungsprozess.....</b>	<b>10</b>
	3.1 Auswahl der Teilnehmenden .....	10
	3.2 Erste Stufe: Online-Fokusgruppen.....	11
	3.3 Zweite Stufe: Online-Workshops .....	12
<b>4</b>	<b>Schlechte Stimmung in der Nachwendegeneration .....</b>	<b>14</b>
	4.1 Alltagsprobleme treffen auf finanzielle und existenzielle Sorgen .....	14
	4.2 Krisenmüdigkeit und Überforderung .....	17
	4.3 Zukunft ist längst nicht mehr Verheißung.....	19
<b>5</b>	<b>Perspektiven auf Politik und Gesellschaft in Zeiten von Krise .....</b>	<b>22</b>
	5.1 Machtlosigkeit und fehlende Erwartungssicherheit .....	22
	5.2 Unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie .....	24
	5.3 Verteilungskonflikte und Abgrenzung nach unten .....	26
	5.4 Fehlender Dialog befeuert die Spaltung .....	27
<b>6</b>	<b>Sicht auf Wiedervereinigung und Deutsche Einheit .....</b>	<b>29</b>
	6.1 Ostdeutsche Identität ohne westdeutsche Entsprechung.....	29
	6.2 Gegenseitige Zuschreibungen als fortbestehendes Relikt.....	31
	6.3 Keine einheitliche Perspektive auf Wende und Deutsche Einheit .....	32
	6.4 Gleichwertige Lebensverhältnisse und ostdeutsche Benachteiligung .....	33
<b>7</b>	<b>Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....</b>	<b>36</b>
	Literaturverzeichnis.....	40
	Verzeichnis der Abbildung .....	41
	Hinweise zu den Autor:innen.....	42

# 1 Einleitung

Der 3. Oktober 2020 hätte ein Festtag sein sollen: 30 Jahre Wiedervereinigung. Doch die Pläne für das große Jubiläum wurden durch die Corona-Pandemie durchkreuzt. Heute, drei Jahre später, ist diese weitgehend ausgestanden, doch ihre Folgen sind noch immer deutlich spürbar. Und nicht nur die Pandemie-Erfahrungen stecken den Bürger:innen noch in den Knochen. Als sich letztes Jahr langsam ein Ende der Corona-Krise abzuzeichnen begann, hofften viele Menschen auf eine Rückkehr zur Normalität. Doch an Normalität war nicht zu denken: Mit Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine folgte der nächste Schock. Zwei Krisen, die für viele mit der Erfahrung einhergingen, dass es auch für vermeintliche Sicherheiten keine Garantien gibt und das zuvor Unvorstellbares plötzlich zur Realität werden kann.

Corona stellte von einem Tag auf den anderen den Alltag aller Menschen völlig auf den Kopf und konfrontierte sie mit der sonst abstrakten Bedrohung durch den Tod. Die deutsche Gesellschaft musste sich der neuen Situation anpassen. Der brutale Übergriff Russlands auf die Ukraine erneuerte diese Bedrohung und erschütterte die bis dato vorherrschende vermeintliche Gewissheit, dass ein Angriffskrieg in Europa nicht mehr stattfinden würde. Zugleich wurde unmittelbar deutlich, dass die deutsche Gesellschaft nicht nur durch Krankheit oder

Krieg verletzlich ist, sondern auch durch Abhängigkeiten im internationalen Gefüge. Drohende Engpässe bei der Energieversorgung im Winter 2022/23 zwangen die Bürger:innen erneut dazu, ihren Alltag an eine neue Situation anzupassen. Es folgten hohe Inflationsraten, eine Wirtschaft am Rand der Rezession und daraus resultierende Existenzsorgen. Dabei hängt eine Krise wie ein Damoklesschwert über allen anderen: die Klimakrise, die immer mehr ins Bewusstsein rückt, eine erneute Anpassung an ein sich veränderndes Lebensumfeld erfordert und immer stärker fordern wird.

Krise als Dauerzustand. Das ist das Charakteristikum unserer Gegenwart, die für die deutsche Gesellschaft zu einer Belastungsprobe geworden ist. Auch für das weitere Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland, jenseits von durchkreuzten Jubiläen?

Angesichts der skizzierten Unsicherheit durch sich überlagernde Krisen verwundert es kaum, dass wir derzeit in vielen Studien und Untersuchungen eine Erosion des politischen Vertrauens und der Demokratiezufriedenheit beobachten. Diese Vertrauensverluste und Unzufriedenheit beschränken sich nicht auf einzelne, spezifische soziodemografische Gruppen. Aber insbesondere in den neuen Bundesländern sind sie weit verbreitet, wie unter anderem der vor-

letzte Bericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung zum Tag der Deutschen Einheit belegte (Liljeberg/Krambeer 2022: 92f.). Auch wenn die Leipziger Autoritarismus Studie 2022 auf den ersten Blick einen gegensätzlichen Befund liefert und eine leichte Zunahme der Demokratiezufriedenheit auch in Ostdeutschland beobachtete (Decker et al. 2022: 63–65), bieten weitere Ergebnisse der Studie ebenfalls Anhaltspunkte für abnehmendes Vertrauen in die Demokratie. Zum einen wurde sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland festgestellt, dass die Wahrnehmung, politisch ohnmächtig und einflusslos zu sein, über die vergangenen sechs Jahre stark zugenommen hat. So sind unter allen Befragten 74,5% der Meinung gewesen, keinen Einfluss auf Politik zu haben – im Osten sogar rund 81% (ebd.: 66). Zum anderen zeigen die Ergebnisse der Studie einen besorgniserregenden Anstieg antidemokratischer Einstellungen: So haben zwar geschlossen rechtsextreme Einstellungen auch im Osten abgenommen (ebd.: 51–53), jedoch sind der Hass und Vorurteile gegen Muslim:innen, Sinti:zze und Rom:nja sowie Antifeminismus und Schuldabwehrantisemitismus stark angestiegen (ebd.: 69–73).

Auch in der Corona-Krise traten Ost-West-Unterschiede immer wieder zu Tage: Eine Erhebung von pollytix aus dem Frühjahr 2022 zeigt, dass die Bereitschaft zur Teilnahme an den sogenannten „Corona-Spaziergängen“ in Ostdeutschland zwischenzeitlich mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland war (pollytix 2022). Die lautstarken Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sind dabei ein

Beispiel, an dem sich nicht nur Unzufriedenheit mit Demokratie und Politik, sondern auch eine autoritäre Konfliktbewältigung ablesen lässt (Kalkstein/Höcker 2022: 32f.). Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey bezeichnen in ihrer einschlägigen Untersuchung Querdenker:innen geradezu als den „Prototyp des libertären Autoritarismus“ (2022: 24). Nicht nur fiel die Impfbereitschaft in ostdeutschen Bundesländern deutlich geringer aus als in westdeutschen, es formierte sich auch organisierter Widerstand. Rechtsradikale Protestbewegungen wie die ‚Freien Sachsen‘ gewannen in dieser Zeit deutlich an Zulauf.

Diese Beobachtungen nehmen wir zum Anlass, anknüpfend an die OBS-Studie „Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?“ (Faus/Storks 2019) erneut ein Schlaglicht auf die Nachwendegeneration zu werfen. Vor der Corona-Pandemie konnte in dieser Studie gezeigt werden, dass Ost-West-Unterschiede hinsichtlich Demokratiezufriedenheit und -unterstützung sowie zu Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Nachwendegeneration fortbestehen, aber geringer ausfallen als in älteren Generationen (ebd.: 73–76). Gemein war der Nachwendegeneration in Ost wie West zudem ein optimistischer Blick in die Zukunft. Nun haben die letzten vier Jahre einschneidende Veränderungen mit sich gebracht. In der medialen Öffentlichkeit wird inzwischen mit Blick auf die jüngere Nachwendegeneration von einer „Generation Krise“ gesprochen (z. B. Marschall 2022). Deshalb gehen wir in diesem Arbeitspapier der Frage nach, welchen Einfluss die Erfahrung multipler Krisen in den letzten Jahren auf die Nach-

wendegeneration hatte. Lässt sich noch immer ein zuversichtlicher Blick in die eigene Zukunft beobachten? Und: Sind die Folgen und Auswirkungen der Krisen überall gleich oder manifestieren sich Unterschiede in Ost und West?

Dazu knüpfen wir an vorangegangene Forschungsprojekte an: Ein zentrales Ergebnis einer von pollytix durchgeführten repräsentativen quantitativen Erhebung unter Jugendlichen zwischen 16 und 23 Jahren im Mai und Juni 2022 war, dass sich mehr als die Hälfte der Befragten durch die Corona-Pandemie häufig einsam fühlte. Auch fiel die Zufriedenheit junger Bürger:innen mit dem demokratischen System geringer aus, als in früheren Erhebungen: Während 2019 noch drei von vier Bürger:innen der Altersgruppe mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden waren, sind es 2022 nicht einmal mehr die Hälfte (Neu et al. 2023). Die Studienautor:innen werten diese Entwicklung als „besorgniserregend“ (ebd.: 48 f.). Dabei sind ostdeutsche Jugendliche noch seltener zufrieden als gleichaltrige Westdeutsche. Von der Politik fühlen sich fast zwei Drittel dieser Generation vernachlässigt. Ein

ähnliches Bild zeichnet auch die jährlich durchgeführte TUI-Jugendstudie: Ein Zeitvergleich zeigt hier eine seit 2019 abnehmende Zustimmung zur Demokratie als beste Staatsform bei den 16- bis 26-jährigen in Deutschland (TUI Stiftung 2022: 34). Im Widerspruch dazu schlussfolgert die Studie „Krisenerwachsen“ (Döbele et al. 2023), die mit 16- bis 30-jährigen ebenfalls etwa die Nachwendegeneration zur Grundgesamtheit hat, „dass trotz der multiplen Krisen und Herausforderungen der vergangenen Jahre die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, stabil bleibt“ (ebd.: 14).

Hinweise für eine Spaltung von jungen West- und Ostdeutschen lassen sich aktuell aber durchaus an den Ergebnissen von Landtagswahlen ablesen. Dort war die AfD in Ostdeutschland mitunter die stärkste politische Kraft in der Altersgruppe unter 30 Jahren, wie beispielsweise 2021 in Sachsen-Anhalt (Bettendorf/Löhe 2021). Reagiert die Nachwendegeneration auf die sich überlagernden Krisen und Herausforderungen in Ost und West unterschiedlich?



## 2 Fragestellungen

Nach der Wiedervereinigung wurde prognostiziert, dass die nachkommenden, im geeinten Deutschland geborenen, aufgewachsenen und sozialisierten Generationen zusammenwachsen und sich Ost-West-Unterschiede langfristig aufheben würden. Die von pollytix im Jahr 2018 durchgeführte Studie der Otto Brenner Stiftung konnte eine Vielzahl an Gemeinsamkeiten von Ost- und Westdeutschen aufzeigen, wies aber auch auf fortbestehende Unterschiede zwischen jungen West- und Ostdeutschen hin (Faus/Storks 2019). Eines der zentralen Ergebnisse war dabei, dass hinsichtlich der Unterschiede in den Einstellungen weniger eine unterschiedliche Sozialisation entscheidend ist, sondern vor allem, die ökonomische Situation in den jeweiligen Heimatregionen. Feststellen ließ sich auch, dass sowohl in West- als auch in Ostdeutschland die Nachwendegeneration zum Messzeitpunkt 2018 einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft und auf die weitere Entwicklung der (sozialen) Einheit in Deutschland teilte.

Eine zwei Jahre später durchgeführte Studie von pollytix für die Bertelsmann Stiftung kam zu ähnlichen Ergebnissen: Anlässlich des 30ten Jahrs der Wiedervereinigung wurde 2020 der Frage nachgegangen, was die deutsche Gesellschaft zusammenhält und wie die Bürger:innen auf die Deutsche Einheit und den langwierigen Prozess des Zusammenwachsens zurückblicken (Hartl

et al. 2020). Auch hier zeigten sich weiterhin bestehende ökonomische Unterschiede zwischen Ost und West sowie Defizite in der Repräsentation von Ostdeutschen in der Öffentlichkeit, aber auch in Führungspositionen. Zugleich unterschied sich die 2020 durchgeführte Studie in einem zentralen Punkt von der Erhebung 2018: Die Fokusgruppen und die quantitative Befragung fanden bereits unter den Bedingungen der Corona-Pandemie statt. Und es ließ sich zu diesem frühen Zeitpunkt der Pandemie bereits in einem begrenzten Rahmen erahnen, wie sich ein solcher externer Schock auf die Gesellschaft auswirkt. So berichteten Teilnehmende der Fokusgruppen zu Beginn durchaus von einem Zusammenrücken der Gesellschaft in ihrem näheren Umfeld. Zugleich wurde die Sorge geäußert, dass die Krise langfristig die Solidarität in der gesamten Gesellschaft schwächen könnte. Die quantitative Befragung unterstrich diesen Eindruck. Insbesondere unter den Ostdeutschen überwog hierbei die Skepsis: 32 Prozent befürchteten langfristig eine Verschlechterung gegenüber 22 Prozent, die eine Verbesserung erwarteten.

Die angeführten Studien stellen eine gute Grundlage dar. Doch ist speziell vor dem Hintergrund der anhaltenden multiplen Krisen und dringlicher werdenden Zukunftsherausforderungen geboten, die Forschung zu vertiefen. Dazu neh-

men wir die Krisenresilienz der Nachwendegeneration in den Blick. Ursprünglich aus der Psychologie stammend und sich auf Individuen beziehend kann Resilienz definiert werden als Zustand guter mentaler Gesundheit, der trotz widriger Umstände aufrechterhalten werden kann (Veer et al. 2021). Er umfasst dabei unter anderem Aspekte wie emotionale Stabilität, Zuversicht, realistisches Selbstbild, flexibles Denken, soziales Netz und das Vorhandensein eines Lebenssinns. Überträgt man den Begriff von Individuen auf die soziale Ebene, meint Resilienz die Fähigkeit, durch Widerstandsfähigkeit Krisen, Schocks und Katastrophen als Gesellschaft unbeschadet zu überstehen. Folgt man Reckwitz (2021), „kommen [Gesellschaften] besser aus Krisen heraus, wenn in der Bevölkerung Vertrauen in die Verlässlichkeit und Fairness der Institutionen herrscht und wenn man politisch über Lagergrenzen hinweg in der Lage ist zusammenzuarbeiten.“ Neben bzw. anstelle der oben aufgeführten Aspekte zu individueller psychischer Resilienz rücken in dieser Studie Vertrauen in Politik und Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Solidarität und soziale Gerechtigkeit in den Fokus.

Der Begriff der Resilienz, sowohl bezogen auf Individuen als auch auf Organisationen oder Gesellschaften, hat in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Und wird entsprechend auch kritisch diskutiert. So konstatiert beispielsweise Stefanie Graefe (2022), dass der Resilienz-Diskurs zu häufig Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse nicht mit in den Blick nehme. Wenn Krise dabei zu einem

unausweichlichen Normalzustand erklärt und zugleich ausgeblendet werde, wem etwas abverlangt wird und wer davon profitiert, diene der Resilienz-Diskurs einer „neoliberalen Form des Krisenmanagements“. Ähnlich kritisiert auch Reckwitz, dass eine reine Politik der Resilienz die Gefahr berge, sich durch einen negativen Fokus darauf zu beschränken, Krisen und Katastrophen zu bewältigen, statt auch Gestaltungsspielräume und Fortschritt miteinzubeziehen. Eine Metapher von „Standbein und Spielbein“ nutzend resümiert er aber, dass das eine nicht gegen das andere sprechen dürfe (Reckwitz 2021). Entsprechend wird in dieser Studie der Fokus auf Resilienz als „Standbein“ für die Problembearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen geworfen. Im Ausblick der Studie wird dann diskutiert, was die Ergebnisse der Untersuchung für das „Spielbein“ als Sinnbild für Gestaltungsmacht bedeuten.

Wie steht es also um die Resilienz in der Nachwendegeneration? Wir gehen im Folgenden der Frage nach, wie sich gegenwärtige Krisen auf diese und ihre politischen Einstellungsmuster auswirken.

Folgende Fragen werden in der vorliegenden Studie näher beleuchtet:

- Unterscheiden sich die ost- und westdeutsche Nachwendegeneration hinsichtlich ihres Umgangs mit anstehenden Transformationsherausforderungen?
- Wie haben sich die Zukunftsperspektiven der Nachwendegeneration entwickelt? Welche

Unterschiede zeigen sich dabei zwischen Ost und West?

- Empfindet in der derzeit angespannten wirtschaftlichen Lage vornehmlich die ostdeutsche Nachwendegeneration Überforderung und Zukunftsängste?
- Hat sich das (bereits geringe) Politikvertrauen in der Nachwendegeneration in Krisenzeiten verschlechtert und die unterschiedlich ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Demokratie verstärkt oder wird mehr Vertrauen in staatliche Problemlösungskompetenzen gelegt?
- Wie bewertet die Nachwendegeneration den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Stand der Deutschen Einheit? Inwiefern ver- oder entschärfen die gegenwärtigen Krisen soziale und politische Spaltungen in Ost- und Westdeutschland?
- Driften Ostdeutsche und Westdeutsche dieser Generation tendenziell weiter auseinander oder kommen sie sich durch die gemeinsame Krisenerfahrung näher? Inwiefern verschärfen oder lindern die Krisen gesellschaftliche Fragmentierungstendenzen?

### 3 Ein zweistufiger explorativer Forschungsprozess

Aufgrund der Aktualität der Forschungsthematik, aber auch, um mögliche Erkenntnisse nicht durch starke Vorannahmen darüber zu limitieren, wie Ost- und Westdeutsche auf die multiplen Krisen reagieren, wurde mit Fokusgruppen und Workshops ein explorativer qualitativer Forschungsansatz gewählt. Vertrauen in Politik und Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Solidarität und soziale Gerechtigkeit als relevante Aspekte für gesellschaftliche Resilienz lassen sich zudem in einem sozialen Setting, wie Fokusgruppen und Workshops es bieten, sehr gut ergründen. Zwar sind nicht alle oben genannten Aspekte von individueller Resilienz in Fokusgruppen und Workshops untersuchbar. Doch emotionale Stabilität, Zuversicht und Lebenssinn lassen sich auf Gesellschaft übertragen am gesellschaftlichen Klima sowie an Perspektiven auf Zukunft ablesen.

Ein mehrstufiger Forschungsprozess stellte dabei sicher, dass sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten zwischen ost- und westdeutscher Nachwendegeneration aufgedeckt werden konnten: Es wurde nicht nur nebeneinander und übereinander, sondern letztlich auch miteinander diskutiert. Dafür wurden die Teilnehmenden wie im Folgenden skizziert je nach Forschungsstufe in homo- und heterogene Gruppen eingeteilt.

#### 3.1 Auswahl der Teilnehmenden

Gegenstand der Studie ist die Nachwendegeneration. Das heißt, alle Teilnehmer:innen sind volljährige Ost- und Westdeutsche, die nach 1989 geboren wurden. Zur notwendigen Komplexitätsreduktion und aus forschungsökonomischen Gründen wurde westdeutsch definiert als in Westdeutschland geboren und wohnhaft. Ostdeutsch wurde entsprechend definiert als in Ostdeutschland (inkl. Berlin) geboren und wohnhaft. Bei Berliner:innen durften beide Elternteile nicht aus Westdeutschland oder Berlin West kommen.

Da sich Lebenswirklichkeit und -lage in der Altersspanne 18 bis 34 Jahre stark unterscheiden können – Jüngere sind häufig noch wohnhaft bei den Eltern, Ältere bereits erwerbstätig, zum Teil mit Führungsverantwortung, eigenen Kindern und Eigenheim – wurden die Teilnehmenden zudem in zwei Altersgruppen unterteilt: 18- bis 24-Jährige, im Folgenden als jüngere Nachwendegeneration bezeichnet, sowie 25- bis 34-Jährige, im Folgenden als ältere Nachwendegeneration bezeichnet. Wo sich Unterschiede zwischen den Altersgruppen gezeigt oder überraschenderweise auch nicht gezeigt haben, wird explizit darauf hingewiesen. Ohne inhaltlich zu stark vorzugreifen zu wollen: Die Unterschiede zwischen

den beiden Altersgruppen waren häufig nicht sehr deutlich, weshalb sie in der Analyse nur an wenigen Stellen hervorgehoben werden.

Die Rekrutierung der Teilnehmer:innen erfolgte mittels eines Screening-Fragebogens über Datenbanken von Meinungsforschungsdienstleistern. Dabei wurde in allen Gruppen auf einen Mix der geschlechtlichen Identität, des formalen Bildungsniveaus, der parteipolitischen Präferenz sowie des Wohnorts (Bundesland, urban/ländlich, strukturstark/-schwach) geachtet. Diese quotierte Auswahl stellte sicher, dass unterschiedliche Perspektiven abgebildet werden konnten. Die Teilnehmer:innen kannten zuvor weder Thema, Fragestellung noch die Gruppenkonstellationen und Rekrutierungsmerkmale.

Auf Basis einer Fallzahl von 28 Teilnehmer:innen aus einer zudem quotierten und nicht zufälligen Stichprobe lassen sich keine repräsentativen Aussagen treffen, die Befunde der qualitativen Untersuchung lassen sich nicht einfach quantifizieren. Aber auch qualitative Studien ermöglichen, Gesellschaft bzw. Teile von Gesellschaft zu verstehen und lassen dabei nicht nur Aussagen über einzelne Individuen zu. Im Folgenden verwenden wir den Begriff der Nachwendegeneration daher in verallgemeinernder Form ohne Anspruch auf Repräsentativität.

### **3.2 Erste Stufe: Online-Fokusgruppen**

In der ersten Forschungsstufe wurde das Instrument der Fokusgruppen gewählt. Fokusgruppen

sind eine in der qualitativen Sozialforschung bewährte Form von Gruppendiskussionen, die durch professionelle Moderation auf ein bestimmtes Thema „fokussieren“. So werden Diskussionen simuliert, wie sie täglich millionenfach in Deutschland geführt werden. Gegenüber Einzelinterviews bieten Fokusgruppen den Vorteil, dass sich durch spontane Äußerungen in der Diskussion Anregungen und Ideen entwickeln können, die in Einzelinterviews eher unartikulierte geblieben wären. Zugleich ermöglicht der Austausch in einer Gruppe, dass die Teilnehmenden zwischen einer aktiven und passiven Beteiligung wechseln können, auch können aufgrund der Gruppengröße Effekte der Interviewer:innen bzw. Moderator:innen minimiert werden. Die Aufgabe der Moderation besteht darin, alle Teilnehmenden möglichst gleichermaßen mit einzubeziehen. Ein Moderationsleitfaden stellt sicher, dass die entscheidenden Themen und Fragestellung diskutiert und zumindest durch Nachfragen gestützt besprochen werden, während er zugleich genügend Offenheit und Raum lässt, dass Diskussionsteilnehmer:innen eigene Schwerpunkte setzen und neue Impulse direkt in die Diskussion aufgenommen werden können. Um die Offenheit der Forschungsmethode zu wahren, werden die Teilnehmer:innen im Vorfeld nicht über das tatsächliche Forschungsinteresse und -thema informiert. Auch wissen sie nichts über die konkrete Zusammensetzung der Gruppe, was im Fall dieser Erhebung heißt, dass die Diskussionsrunden ausschließlich aus Ost- bzw. Westdeutschen einer bestimmten Altersgruppe besteht.



Politische Einstellungen und gesellschaftspolitische Stimmungen sind stark in einen sozialen Kontext eingebettet. Mittels Fokusgruppen werden sie in einem solchen sozialen Setting untersucht. Dabei sind Fokusgruppen explorativ angelegt. Das heißt, sie dienen nicht dem Testen zuvor formulierter Hypothesen. Vielmehr wird mit der Herstellung einer dynamischen Gruppendiskussion ermöglicht, kollektiv geteilte Sinnstrukturen und Gesprächsdynamiken zwischen den Teilnehmenden zu beobachten. Auf Letzteres wird in dieser Studie immer wieder auch eingegangen, der Fokus liegt jedoch auf einer inhaltsanalytischen Auswertung der Gruppendiskussionen, mit dem Ziel, dominante sowie kontroverse Argumentationsmuster, Wahrnehmungen und Einstellungen zu verstehen. So kann das in einer Gruppe vorhandene Meinungsspektrum nachgezeichnet werden. Auch können gegebenenfalls unbekannte Sachverhalte und Perspektiven und dahinterliegende Begründungsmuster und Argumente verstanden werden. Der offene Forschungsansatz ermöglicht zudem, die Erkenntnisse in einen breiteren thematischen Kontext einzuordnen und zu diskutieren.

Für diese Studie wurden insgesamt vier Fokusgruppen mit jeweils sieben Teilnehmer:innen durchgeführt. Die jeweils 120-minütigen Diskussionen fanden am 31. Mai und 1. Juni 2023 statt.

- Gruppe 1: 18- bis 24-jährige Westdeutsche
- Gruppe 2: 25- bis 34-jährige Westdeutsche
- Gruppe 3: 18- bis 24-jährige Ostdeutsche
- Gruppe 4: 25- bis 34-jährige Ostdeutsche

### 3.3 Zweite Stufe: Online-Workshops

In der zweiten Erhebungsphase sollten die Gruppen miteinander diskutieren. Dazu wurden Teilnehmende aus jeweils beiden Altersgruppen aus Ost- und Westdeutschland zusammengebracht. Insgesamt wurden zwei gemischte Workshops à vier Personen mit Vertreter:innen aus den ersten vier Gruppen gebildet.

Diese zweite Forschungsstufe ermöglicht vertiefende Erkenntnisse: Zum einen sind die Teilnehmer:innen zum Zeitpunkt der Workshops bereits mit dem Thema aus den Fokusgruppen vertraut, zum anderen können Sichtweisen aus den zuvor homogenen Fokusgruppen in den heterogenen Workshops diskutiert und gegenübergestellt werden. In den Workshops haben die einzelnen Personen durch die kleinere Gruppengröße von vier Teilnehmer:innen und ihre exponierte Stellung als explizite Vertretung ihrer Fokusgruppen einen vergleichsweise hohen Redeanteil. Zugleich erlaubt auch hier die Gruppenkonstellation, dass individuelle Aussagen in einem gruppendynamischen Prozess weitergedacht, hinterfragt und vertieft werden können.

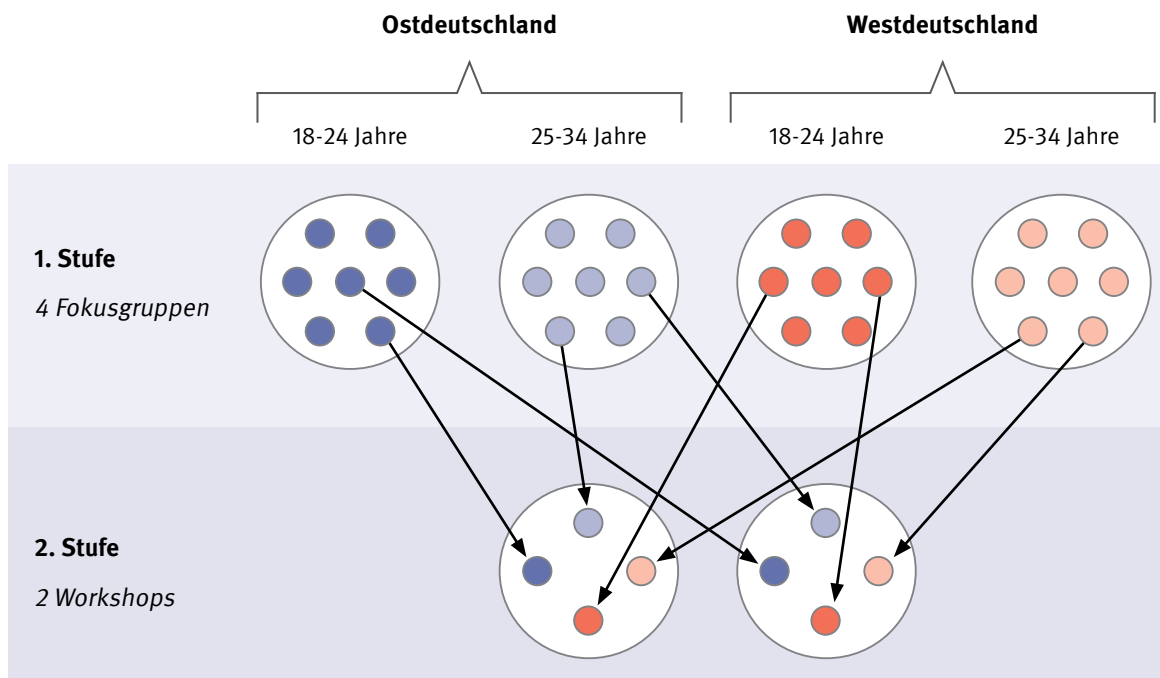
Die Teilnehmer:innen beschäftigten sich in diesen Workshops mit den Sichtweisen, Einstellungen, Werten und zentralen Themen aus den vorhergehenden Fokusgruppendiskussionen. Dazu reflektierten alle Vertreter:innen jeweils eingangs, wie sie ihre jeweilige Fokusgruppendiskussion erlebt haben: Wie war die Stimmung? Was wurde diskutiert? Wo gab es

Konsens oder Dissens in der jeweiligen Gruppe? Anschließend wurde gemeinsam diskutiert, ob und wie sich ihre jeweiligen Gruppen voneinander unterscheiden haben. Durch die Moderation wurden sie mit Zitaten aus den Gruppendiskussionen und weiterem Stimuli-Material (Grafiken zu Ost-West-Unterschieden) konfrontiert. Unterschiedliche Argumentationsmuster wurden so miteinander in Beziehung gesetzt und auf ihre Beständigkeit überprüft. Gibt es Verständnis für die jeweils andere Sichtweise? Warum oder warum nicht? Und wo liegen die Perspektiven vielleicht gar nicht so weit auseinander? Der

Moderation kam wiederum die Aufgabe zu, mithilfe eines Leitfadens sicherzustellen, dass alle relevanten Themen diskutiert werden und alle Teilnehmer:innen zu Wort kommen. Die beiden 90-minütigen Workshops fanden am 7. Juni 2023 statt.

Die Analysen und Befunde beruhen auf der gemeinsamen Auswertung beider Stufen, weshalb in der Auswertung nur dann explizit darauf eingegangen wird, wenn sich etwas nur in den homo- oder erst in den heterogenen Gruppen gezeigt hat.

Abbildung 1:  
Teilnehmenden-Konstellation



Quelle: Eigene Darstellung.

## 4 Schlechte Stimmung in der Nachwendegeneration

Wie nimmt die Nachwendegeneration Deutschland derzeit wahr? Welche Themen sind für sie relevant? Was funktioniert aus ihrer Sicht gut und wo sehen sie Herausforderungen? Wie schauen sie in Krisenzeiten in die Zukunft? Ein Schlüsselergebnis der OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration war ein geteilter positiver Blick nach vorne. Trotz Belastung durch Stress und auch damals schon vorhandenen Zukunftsorgen, war die Nachwendegeneration optimistisch beim Gedanken an Ihre Zukunft – in Ost und West gleichermaßen (Faus/Storks 2019: 16). In den Fokusgruppen dieser Studie wurde daher eingangs zunächst offen über die gesellschaftspolitische Situation und Stimmung in Deutschland diskutiert.

### 4.1 Alltagsprobleme treffen auf finanzielle und existenzielle Sorgen

Viel Raum in den Fokusgruppendifkussionen nehmen lebensnahe Alltagsprobleme und alters-typische Herausforderungen ein: So werden als wichtige Themen die Suche nach Ausbildungs- und Studienplatz, Finanzierung von Bildung oder bei der älteren Nachwendegeneration auch Familiengründung, beruflicher Aufstieg und Karriere sowie das Streben nach einem Eigenheim genannt. Diese Ansprüche, Ziele und Herausforderungen erzeugen bei vielen Teilnehmer:innen

einen starken Leistungsdruck. Auch zeugen sie in gewisser Hinsicht bereits von einer Suche nach Stabilität in Zeiten der Überforderung und Unsicherheiten, auf die später noch näher eingegangen wird.

In den jeweils zunächst sehr offenen Fokusgruppendifkussion betonen die Teilnehmenden, dass Deutschland jungen Menschen wie ihnen grundsätzlich gute Chancen zum Start ins eigene Leben bietet: Der Sozialstaat sichere alle Bürger:innen ab, das Grundgesetz und der Rechtsstaat würden Sicherheit geben und Rechte wie Meinungsfreiheit garantieren.

Dieser positive allgemeine Blick auf Deutschland ist für viele Teilnehmer:innen aber derzeit getrübt. Sie haben den Eindruck, dass viele Grundvoraussetzungen für ein gutes Leben zunehmend in Frage gestellt werden: Dem Staat fehle an jeder Ecke Geld, notwendige Investitionen in Schulen, in Bildung oder auch in das Gesundheitssystem blieben aus. Begleitet wird dieser Eindruck von der Sorge vor einer weiteren Verschlechterung und einem drohenden wirtschaftlichem Abschwung, der auch auf das eigene Leben durchschlagen könnte.

Anders als in früheren Forschungsprojekten (Faus/Storks 2019: 43) zeigt sich, dass der er-

wähnte Leistungsdruck aktuell zusätzlich auf starke finanzielle und in einzelnen Fällen auch existenzielle Sorgen trifft: Wohnraum ist knapp, die Mietkosten steigen schneller als die eigenen Einkommen, Energie-, Sprit- und Lebensmittelpreise sind stark gestiegen. Die Inflation ist in allen Gruppen ein bestimmendes Thema. Für viele der jüngeren Nachwendegeneration gestaltet sich der Start ins eigene Leben außerhalb des Elternhauses unter diesen Bedingungen zunehmend schwierig, weil sie nicht wissen, wie sie die Miete bzw. Ratenzahlungen und alltägliche Kosten stemmen sollen. Vor allem die ältere Nachwendegeneration thematisiert die Herausforderung, angesichts steigender Zinsen ein Eigenheim zu finanzieren und die schwierigen Bedingungen, bei finanzieller Belastung eine eigene Familie zu gründen.

“Für uns ist es gerade Leben am Existenzminimum. Mit Kind und Haus bei dieser Inflation und diesen Energiekosten, das ist wirklich sehr schwer.

(Ost)

“Es ist echt ein Kampf. Es ist echt krass manchmal. Es ist schwer.

(West)

Neben diesen, die konkrete individuelle Lebensplanung betreffenden Themen und Problemen, beschäftigen viele Teilnehmer:innen auch die größeren gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Veränderungen: Russlands Krieg gegen die Ukraine, der fortschreitenden

Klimawandel, technologischer Fortschritt durch Künstliche Intelligenz sowie demografischer Wandel und Fachkräftemangel. Weil die persönlichen, alltäglicheren Herausforderungen derzeit aber relevanter sind, werden diese großen Themen für einige eher zum anstrengenden Hintergrundrauschen. Die Alltagsbewältigung lässt wenig Raum, um groß zu denken.

Ost-West-Unterschiede lassen sich in den Gruppendiskussionen bei der Frage nach Stimmung und Herausforderungen noch nicht erkennen. Die Teilnehmer:innen thematisieren ungefragt nicht, ob ihre Perspektive sich von derjenigen anderer Generationen unterscheiden könnte. Erst durch gezieltes Nachfragen durch die Moderation wird diese These diskutiert. Einige argumentieren dann, dass die Themen- und Prioritätensetzung der Nachwendegeneration sich im Vergleich zu älteren Generationen vermutlich unterscheiden würde. Am Wahlverhalten seien beispielsweise starke Altersunterschiede ablesbar, die darauf hindeuten. Viele vertreten aber auch die Annahme, dass sich die Themen und Probleme zwischen den Generationen gar nicht stark unterscheiden, jedoch anders gewichtet würden. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Flexibilität am Arbeitsmarkt und das Ziel, sich einen gewissen Lebensstandard aufzubauen, werden als lebensnahe Beispiele angeführt, die älteren Generationen lebensphasenbedingt weniger wichtig seien. Als größere politische Themen, die für jüngere Bürger:innen eine höhere Priorität haben, werden Umwelt- und Klimaschutz sowie Gleichstellungsfragen, Diskriminierung und Migration genannt.

Die Teilnehmer:innen kritisieren, dass die von Bürger:innen ihrer Generation stärker priorisierten Themen in Deutschland zwar genug Aufmerksamkeit bekommen, aber politisch nicht angegangen würden. Sie sehen es nicht als Erkenntnisproblem, sondern sind der Meinung, es fehlen der politische Wille sowie die notwendigen Finanzmittel zur konsequenten Umsetzung. Das liege zum einen an der zahlenmäßig überlegenen Wähler:innengruppe der älteren Generationen, aber auch am zu geringen politischen Engagement der Nachwendegeneration, wie einzelne selbstkritisch hinzufügen.

Angesichts der geschilderten Probleme und Herausforderungen, mit denen sich die Nachwendegeneration konfrontiert sieht, verwundert es kaum, dass die Stimmung entsprechend schlecht ist. Sie ist geprägt von Sorgen, Ungewissheiten, mitunter auch Ängsten. Es ist in den Schilderungen der Teilnehmer:innen gut erkennbar, dass sie in der Konsequenz nach Stabilität und Sicherheit suchen. Dies drückt sich in einem Rückzug ins Private und dem Streben nach traditionellen Lebensentwürfen aus: Familiengründung, Eigenheim, Karriere. Es zeigt sich aber auch in Gedanken ans Auswandern, die mit der Hoffnung verknüpft werden, dort bessere Karriere- und Aufstiegs-Chancen sowie Wohlstand zu finden. Die Idee des Auswanderns ist hier nicht postmaterialistisch begründet, durch Neugier und Selbstverwirklichung, sondern durch das Streben nach Sicherheit gekennzeichnet.

Dieses Sicherheitsbedürfnis sowie die Rückbesinnung aufs Private spiegeln sich auch in

diversen anderen Erhebungen wider. So zeigt die Studie „Krisenerwachsen“ (Döbele et al. 2023) auf, dass Angst um finanzielle Stabilität sowie Sorge vor Altersarmut unter jungen Erwachsenen weit verbreitet sind (ebd.: 10). Laut der „Trendstudie Jugend in Deutschland“ ist Geld, noch vor Faktoren wie Spaß oder Erreichung der eigenen Ziele, der wichtigste Motivator, weil viele Jugendliche das Gefühl haben, sich in einer finanziellen Notlage zu befinden (Schnetzler et al. 2023). Auch in der Studie „Extrem Einsam?“ (Neu et al. 2023) arbeiten die Autor:innen heraus, dass Stabilität und Sicherheit für die Befragten höchste Priorität haben. Gleichzeitig zeigen die genannten Studien, dass Familie für die Befragten von hervorgehobener Bedeutung ist, mehr noch als Freiheit oder Gesundheit (Schnetzler et al. 2023). So äußern viele Befragte den Wunsch, später eine eigene Familie zu gründen (Döbele et al. 2023). Die genannten Studien bestätigen den Befund, dass Sorgen in Bezug auf Stabilität und Sicherheit sowie die Rückbesinnung auf den privaten Raum und traditionelle Lebensentwürfe für die Nachwendegeneration prägend geworden sind.

Auch generationenübergreifend nehmen die Teilnehmer:innen die gesellschaftliche Stimmung als schlecht wahr. Sie äußern ambivalente Gefühle: Einige haben Sorge oder gar Angst, dass die gesellschaftliche Stimmung kippen kann, ohne genau definieren zu können, was das konkret für sie heißt. Andere äußern mitunter fast schon den Wunsch nach einem gesellschaftlichen „Knall“, den sie als Befreiungsschlag aus der angespannten Situation



empfinden würden, der aber zugleich ebenso undefiniert bleibt.

Sowohl die wahrgenommene angespannte gesellschaftliche Stimmung als auch eigene finanzielle Sorgen werden von den Teilnehmenden mit Verteilungskämpfen verbunden. Auffallend ist hierbei, dass vor allem eine Abgrenzung nach unten stattfindet. Beispielsweise wird betont, dass Obdachlose für ihre Lage grundsätzlich selbst verantwortlich seien. Einige Teilnehmer:innen zeigen auch nationalistisch-protektionistische Haltungen: In der aktuellen Lage müsse man sich als Land erst einmal um die eigenen Bürger:innen kümmern und weniger um Geflüchtete, wobei zum Teil auch Ukraine-Geflüchtete explizit mitgemeint sind. Diese Argumente sorgen in den Gruppendiskussionen durchaus für Reibung und werden kontrovers diskutiert. Insbesondere Teilnehmer:innen mit familiärer Migrationsgeschichte berichten als kritische Replik von eigenen Ausgrenzungserfahrungen.

*„Obwohl ich hier geboren und aufgewachsen bin, ist es trotzdem so, dass man sich hier nicht dazugehörig fühlt. Man merkt, dass da immer so eine kleine Distanz ist, auch wenn man das selbst nicht möchte.“*

(West)

Eine tiefere Diskussion findet jedoch nicht statt. Die Teilnehmer:innen sind eher konfliktstreu und führen diese gesellschaftlich wichtigen Aushandlungsprozesse selbst in diesem kleinen und moderierten Setting nicht zu Ende.

### 4.2 Krisenmüdigkeit und Überforderung

Viele der Sorgen und Ängste, vor allem aber die insgesamt schlechte Stimmung, sind direkte oder indirekte Folge der vergangenen Krisenjahre. Die Teilnehmer:innen reflektieren, dass es schon immer Krisen gegeben habe, aber die Corona-Pandemie für sie selbst spürbar anders wahr. Viele haben hier erstmals die Erfahrung gemacht, wie eine gesamtgesellschaftliche Krise konkrete Auswirkungen auf den eigenen Alltag hatte. Plötzlich war Krise nicht mehr etwas, das am anderen Ende der Welt stattfand, sondern vor oder auch hinter der eigenen Haustür. Auf Krisen- und Umbrucherfahrungen ihrer Eltern- oder Großelterngeneration wird an dieser Stelle kaum referiert.

Nach mehreren herausfordernden Jahren gibt es in der Nachwendegeneration eine spürbare Krisenmüdigkeit, auch wenn sie den Teilnehmer:innen selbst nicht immer bewusst ist. Immer wieder klingt durch, dass sie sich von den aktuellen Herausforderungen überfordert fühlen und die Unzufriedenheit in letzter Zeit eher zugenommen hat. Allen ist sehr präsent, dass noch weitere Krisen folgen werden. Ungewissheit besteht aber, ob Deutschland zukünftig von einer Krise in die nächste stolpern wird oder Verschnaufpausen da sein werden. Einige äußern die Sorge, dass ersteres der Fall sein wird und es zu einer Überlagerung und Gleichzeitigkeit multipler Krisen kommen wird. Wenige Teilnehmer:innen reagieren hier eher gelassen. Die Gründe für diese unterschiedlichen Perspektiven lassen sich in den Fokusgruppen nicht klar erkennen und herausarbeiten.

Es zeigen sich unterschiedliche Bewältigungsstrategien bei den Teilnehmer:innen, wobei ost- und westdeutsch hier kein Unterscheidungs- oder gar Erklärungskriterium zu sein scheint. In allen Gruppendiskussionen gibt es Personen, die Anpassung und Offenheit als Strategie zur Bewältigung von Krisen wählen, aber auch Teilnehmer:innen, die eher einen Rückzug in den vermeintlich geschützteren privaten Kontext suchen. Während sich einige angesichts von Krisensituationen noch bewusster auf positive Erlebnisse fokussieren, konzentrieren sich andere auf negative oder resignative Erfahrungen und Zukunftsvisionen. Auch die Gründe für diese unterschiedlichen Herangehensweisen lassen sich in den Fokusgruppen nicht klar erkennen und herausarbeiten.

*“Was will man machen? Man muss sich anpassen. Auch wenn das Scheiße ist.  
(Ost)*

*“Wenn man da mit so einer Einstellung ran-geht, bloß nichts neues, bloß keine Veränderungen, dann kommen wir nicht weiter.  
(Ost)*

*“Ich ignoriere es einfach, ich habe keine Lust mehr.  
(West)*

Zum Teil wird bei der Diskussion um multiple Krisen die Bezeichnung Krise selbst abgelehnt. Das Framing als Krise werde medial gepusht und sei übertrieben, so Teilnehmer:innen in verschiedenen Fokusgruppen. Die Medienkritik

einiger zeigt hier durchaus Anschlussfähigkeit an gängige Verschwörungsnarrative. In diesen Fällen wird argumentiert, dass vermeintlich gesteuerte Medien bewusst Krisenstimmung verbreiten, ohne dass sie begründen, was genau damit beabsichtigt wird und wer die Medien in diesem Sinne steuere.

Kritisiert wird von den Teilnehmer:innen aber auch, dass viele Krisen hausgemacht sind – ohne dass Absicht oder ein Plan dahinterstehe: Es handelt sich in ihren Augen vielmehr um langfristig aufgebaute Problemlagen, deren Zuspitzung vorhersehbar und lösbar gewesen wäre. Aber die Politik bleibe bei den großen Themen nicht am Ball und handle nicht konsequent, weil externe Faktoren immer wieder „dazwischenkommen“. Mit mehr Konsequenz und Vorsorge lasse sich eigentlich verhindern, dass wir weiter im Krisenmodus verharren. Dabei geht es ihnen zum einen um den Klimawandel, aber auch um Katastrophenschutz, Vorsorge für Extremereignisse wie Pandemieausbrüche, Abhängigkeiten bei Lieferketten und Versorgungsengpässe.

Die Bedürfnisse der Teilnehmer:innen gehen hier weit auseinander: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die sich starke Veränderungen wünschen, um Vorsorge zu treffen und aus dem Krisenmodus rauszukommen. Sie zeigen – trotz spürbarer Krisenmüdigkeit – Bereitschaft, hierfür notwendige Anstrengungen mitzutragen. Dazu brauche es aber eine gemeinsame Vision, ein einendes Ziel und eine motivierende Erzählung, die einzelnen Kraftanstrengungen einen Sinn gibt, Akzeptanz schafft und sie in ein großes Gan-

zes einordnet. Sie selbst sehen sich dabei durch lethargisches bis apathisches Gefangensein im Hier und Jetzt derzeit nicht in der Lage, diese Vision zu entwickeln. Die Verantwortung delegieren sie an politische Akteur:innen nach oben.

“Klar wäre es angenehm, wenn man jetzt mal eine kurze Pause hätte. Aber ich denke, dass würde die Krisen dann am Ende nur verstärken.

(West)

“Ich würde mir wünschen, dass wir mit Tatendrang vorangehen. Aber ich habe das Gefühl, dass uns eine gemeinsame Vision in Deutschland fehlt. Eine Vorstellung, dahin wollen wir eigentlich wirklich, das ist unser Ziel und unsere Vision von einer guten Gesellschaft. Aber so ein Konsens müsste erstmal gefunden werden.

(West)

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die einen starken Wunsch nach einer Pause und Erholung artikulieren. Sie sind aktuell nicht bereit, große Transformationsleistungen zu erbringen – auch, weil ihnen die Kraft dazu fehlt. Sie wünschen sich das bislang erreichte erst einmal genießen zu können und Energie zu sammeln, bevor Veränderungen angegangen werden oder die nächsten Krisen anstehen.

“Ich hoffe einfach, dass man mal kurz durchatmen kann, aber ich befürchte, das wird jetzt so bleiben.

(Ost)

Anders als in den Vorüberlegungen zur Studie vermutet, zeigen sich hier keine klar erkennbaren Ost-West-Unterschiede, die sich auf unterschiedliche Voraussetzungen oder Erfahrungen mit Transformationsleistungen der Vergangenheit zurückführen lassen.

### 4.3 Zukunft ist längst nicht mehr Verheißung

In die private Zukunft schauen einzelne Teilnehmer:innen zum Teil mit positiven Erwartungen, die gesamtgesellschaftliche Zukunft wird aber vor allem negativ gesehen.

Wie im Kontext der aktuellen Stimmung bereits geschildert, suchen in Zeiten von politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit viele Bürger:innen Sicherheit und Stabilität im eigenen Kosmos, was sich in Wünschen nach Wohneigentum, Hausbau oder Sparzielen ausdrückt. Viele beschäftigen sich mit Fragen der Familiengründung. Aber das Erreichen dieser privaten Ziele scheint ihnen momentan sehr unsicher. Der Blick in die Zukunft ist wenig optimistisch.

Einige Teilnehmer:innen aus der jungen Nachwendegeneration argumentieren, dass jüngere Menschen heute viel mehr Möglichkeiten hätten, weil ihr Lebensweg weniger vorbestimmt sei. Die Spielräume, die sich dadurch für mehr Selbstbestimmtheit auftun, werden positiv gewertet. Zugleich klingt aber an, dass diese Vielzahl an Möglichkeiten bei vielen auch Überforderung auslöst.

Gesamtgesellschaftlich schauen viele Teilnehmer:innen angesichts technologischer Fortschritte bei Künstlicher Intelligenz und neuen Formen der Mobilität neugierig optimistisch in die Zukunft. Aber auch hier überwiegen die Zweifel darüber, ob sich die Lebensbedingungen in Zukunft verbessern werden: die Sorge um Klimawandel und Umweltverschmutzung, Sorge aufgrund des Fachkräftemangels und demografischen Wandels, Sorge um Krieg und Armut sowie politisch radikalisierte Ränder trüben den Blick nach vorne.

Einigen Teilnehmer:innen fällt es angesichts der aktuellen Herausforderungen und bedingt durch die empfundene Ungewissheit schwer, überhaupt an Zukunft zu denken. Sie sind gefangen in der Alltagsbewältigung.

*„Ich habe Ziele, die ich erreichen möchte und versuche daranzugehen. Wenn ich an die Zukunft denke, denke ich an die Zeit, wo ich diese Ziele erreicht haben werde.“*  
(West)

*„Natürlich hat man Ziele, die man erreichen will, aber bei mir ist da auch Angst oder Ungewissheit dabei.“*  
(West)

*„Es ist alles so ungewiss. Ich habe einen guten Job und kann da viel Geld verdienen. Aber ich kann es mir halt einfach nicht leisten.“*  
(Ost)

*„Meine Mutti sagt, ich soll keine Kinder bekommen, weil alles immer schlimmer wird.“*  
(Ost)

Die Teilnehmer:innen nehmen an, das ältere Bürger:innen aktuell noch negativer in die Zukunft schauen als sie selbst, weil sie mehr zu verlieren haben. Zugleich wird aber auch die Annahme geäußert, dass eben diese älteren Generationen als sie im Alter der Nachwendegeneration waren, deutlich positiver in die Zukunft geschaut hätten. Denn im Unterschied zu heute, heißt es, hätten sie noch die Möglichkeit gehabt, sich etwas aufzubauen. Zinsen und steigende Preise würden dagegen der Verwirklichung der eigenen Lebensziele der Nachwendegeneration heute im Weg stehen. Das Versprechen beziehungsweise die Erzählung, dass es zukünftigen Generationen einmal besser geht, gilt in den Augen der Nachwendegeneration nicht mehr. Das Gefühl, dass ältere Bürger:innen erreicht haben, gilt als unerreichbar. Zugleich wird die eigene Anpassungsfähigkeit von der Nachwendegeneration als hoch eingeschätzt und als Vorteil gegenüber älteren Generationen gesehen.

Diesbezüglich werden, anders als bei Stimmung und Themenprioritäten, deutlichere Unterschiede zwischen Ost und West in den Diskussionen ersichtlich. Im Osten ist teilweise ein Bewusstsein für die DDR-Biografien der Eltern vorhanden. Die ostdeutsche Nachwendegeneration betont hier zum Teil, dass die Herausforderun-

gen und Voraussetzungen für die eigenen Eltern andere gewesen sind als in Westdeutschland. Zu DDR-Zeiten habe es zwar keine Berufsfreiheit, aber Arbeitsplatzsicherheit gegeben. Die Nachwendezeit sei geprägt gewesen durch Umbrüche und Arbeitslosigkeit. Im Westen diskutiert die Nachwendegeneration diese Unterschiede ungefragt nicht. Dass nach der Wende die Zukunftsaussichten für viele Bürger:innen in Ostdeutschland eher negativ waren, ist ihnen nicht bewusst. Schon die Vorgängerstudie hatte gezeigt, dass negative Erfahrungen der Nachwendezeit in der ostdeutschen Nachwendegeneration präsent sind, es vielen westdeutschen Bürger:innen dieser Generation aber an Bewusstsein dafür fehlt (Faus/Storks 2019: 32).

“*Wir sind relativ jung, wir haben wenig zu verlieren. Selbst wenn sich hier was grundlegend ändert, können wir noch von vorne anfangen.*  
(West)

“*Ich sehe keine Möglichkeit, dass es zukünftig besser wird als früher. Alles war entspannt und ordnungsgemäß, jetzt leben wir in turbulenten Zeiten.*  
(Ost)

Zuversicht ist eine wichtige Voraussetzung für Krisenresilienz (Veer et al. 2021: 6). Und um die steht es in der Nachwendegeneration gerade nicht gut. Es gibt keine positive Zukunftserzählung (mehr).



## 5 Perspektiven auf Politik und Gesellschaft in Zeiten von Krise

In der OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration wurde deutlich, dass es in dieser Generation ausgeprägte demokratische Überzeugungen gibt, diese aber nicht immer auch mit intaktem Politikvertrauen und Demokratiezufriedenheit einhergehen. Dabei meint Politikvertrauen das Vertrauen in politische Akteur:innen und Institutionen wie Parteien, Parlamente und Regierungen. Demokratiezufriedenheit hingegen meint die Zufriedenheit mit dem politischen System – in Abgrenzung zur Demokratieunterstützung, welche erfasst, inwiefern Demokratie als beste Staatsform wahrgenommen wird. Gerade die weniger hoch ausgeprägte Demokratiezufriedenheit und diesbezüglich messbare Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland konnten auf eine Output-Legitimation zurückgeführt werden (Faus/Storks 2019: 37–40): Die geringere Zufriedenheit mit der Demokratie in der ostdeutschen Nachwendegeneration begründete sich durch die schlechter eingeschätzte wirtschaftliche Lage ihrer Region und ihre schlechteren Perspektiven vor Ort als Output von Politik. Wenn nun aber seit längerer Zeit schlechte Stimmung herrscht, Krisenmüdigkeit und Überforderung auf finanzielle Sorgen treffen und Zukunft nicht mehr grundsätzlich etwas Positives ist, wie steht es um Demokratieunterstützung, -zufriedenheit und das politische Vertrauen in der Nachwendegeneration heute?

### 5.1 Machtlosigkeit und fehlende Erwartungssicherheit

Die Teilnehmer:innen thematisieren in den Diskussionen, dass politische Entscheidungen spürbaren Einfluss auf ihr eigenes gegenwärtiges und zukünftiges Leben haben: Politik wird als wirksam wahrgenommen und es macht in ihren Augen durchaus einen Unterschied, was politisch beschlossen wird. Ein positives Beispiel, das hervorgehoben wird, ist das Deutschlandticket. Jedoch werden weniger Beispiele genannt, die dafür stehen, dass politische Entscheidungen etwas verbessern oder ermöglichen. Vielmehr überwiegen Beispiele für Einschränkungen und Verbote. Mit Politik assoziiert die Nachwendegeneration aktuell in erster Linie eher negatives. Viele berichten von spürbaren Vertrauensverlusten und zeigen sich politisch enttäuscht bis verdrossen. Analog hierzu stellt auch die Studie „Krisenerwachsen“ (Döbele et al. 2023) fest, dass Politik von den jungen Erwachsenen zwar als relevanter Teil des eigenen Lebens empfunden wird, sie sich jedoch gleichzeitig von der Politik oftmals übersehen und vergessen fühlen, weshalb sich eine bedeutende Skepsis gegenüber dem Funktionieren der Demokratie verzeichnen lässt (ebd.: 48). Ebenso beobachten die Autor:innen der Studie „Extrem Einsam?“ (Neu et al. 2023), dass eine Vielzahl von Jugendlichen sich von der Politik ignoriert

fühlt und deshalb Demokratie als Staatsform ebenso wie die Problemlösungskompetenz der Politik massiv in Frage stellt (ebd.: 64).

Die politische Unzufriedenheit resultiert bei vielen aus dem Eindruck, dass „die Politik“, womit Regierung, Parlamente, Parteien und Politiker:innen gleichermaßen gemeint sind, überfordert sei und deshalb plan- und ziellos handle. Politische Prozesse werden als zu träge und langsam sowie nicht anpassungsfähig wahrgenommen. Hieraus wird letztlich der Schluss gezogen, dass Parteien und Politiker:innen keine Erwartungssicherheit garantieren würden. Es fehle ihnen an Standfestigkeit. Zudem seien sie durch Vetternwirtschaft und Lobbyismus beeinflusst. Populistische Narrative, beispielsweise von einer durch lobbyinteressen gesteuerten korrupten Elite, die gegen die Interessen des eigenen Volkes agiere, klingen bei einigen Teilnehmer:innen immer wieder an und bleiben zumeist unwidersprochen im Raum stehen.

*Da fühlt man sich schnell ausgeschlossen, da wird man nicht gehört.*  
(West)

*Man fühlt sich so ungehört. Es geht nur noch um Macht, um Gewinnstreben. Aber das Wohlergehen von uns?*  
(West)

*Klar kann man wählen gehen, sollte man auch machen. Aber ich habe trotzdem das Gefühl, man ist machtlos.*  
(Ost)

*Man dachte mit 18: Super, jetzt darf ich mich endlich beteiligen. Und dann ist das wie so ein Schlag ins Gesicht.*  
(West)

Hinzu kommt, dass es den Teilnehmer:innen überwiegend an eigenen Selbstwirksamkeitserfahrungen fehlt. Sie reduzieren Politik und politische Beteiligung in der Regel auf Beteiligung an Wahlen. Partizipation darüber hinaus gerät kaum in den Fokus. Sie assoziieren mit Politik ein Gefühl von Machtlosigkeit. Einigen fehlt auch das Interesse an Politik, aber selbst die politisch Interessierten, die durchaus einen Wunsch nach mehr Mitbestimmung artikulieren, haben kein ausgeprägtes Selbstwirksamkeitsgefühl. Jeder könne sich zwar in Parteien engagieren und einbringen, aber die Teilnehmer:innen glauben nicht, dass man so letztlich etwas bewegt. Zusammengenommen heißt das für die meisten Teilnehmer:innen: Politik hat Einfluss auf mein Leben, aber ich habe keinen Einfluss auf Politik – und so wird Politik zur Fremd- statt Mitbestimmung.

Vereinzelt wird in diesem Kontext kritisiert, dass junge Bürger:innen wie die Nachwendegeneration politisch auch deshalb wenig Einfluss nehmen könnten, weil sie durch die zahlenmäßig größere Gruppe älterer Wähler:innen, die andere Prioritäten setze, immer überstimmt werden. Dabei wird aber auch auf die Kehrseite hingewiesen, dass junge Bürger:innen sich bei Wahlen häufig weniger stark beteiligen und einbringen würden. Konkrete Veränderungsbereitschaft im eigenen Verhalten leitet sich aus dieser Erkenntnis in den Diskussionen nicht ab.

“Vielleicht sind auch viel zu viele junge Leute festgefahren, die sich einfach einreden: Ich muss nicht wählen. Vielleicht müssen auch viel mehr junge Leute einfach wählen gehen, dass sich was verändert.  
(West)

“Aber vielleicht stellt man sich Politik auch sehr einfach vor, und dann kommt aber die Realität und es ist nicht alles so einfach umzusetzen.  
(Ost)

Diese aufgestaute Unzufriedenheit bei dem gleichzeitigen Gefühl der eigenen Machtlosigkeit führt bei einigen dazu, dass sie sich positiv auf Krawallen im Zuge der Rentenreform in Frankreich berufen. Die Bürger:innen in Deutschland würden sich von „der Politik“ zu viel gefallen lassen, in Frankreich würde es in einer solchen Situation längst Aufstände geben. In dieser Schilderung zeigt sich eine Haltung, in der Einflussnahme auf Politik fast ausschließlich in Form von Protesten gegen politische Entscheidungen vorgestellt wird.

In allen Gruppendiskussionen wird als Reaktion auf Ohnmachtsgefühle und populistische Narrative die Forderung nach mehr Volksentscheiden laut. Diese würden den Bürger:innen mehr Einflussmöglichkeiten eröffnen und ermöglichen, sich von Fall zu Fall entscheiden zu können anstatt sich an die Programmatik einer Partei binden zu müssen. Nur wenige merken kritisch an, dass Volksentscheide aufgrund von ungleicher Beteiligung nicht notwendig dazu führen, dass

alle Bürger:innen gleichermaßen Einfluss nehmen.

## 5.2 Unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie

Mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zeigen sich die Teilnehmer:innen aktuell eher unzufrieden: Sie haben das Gefühl, dass viele Bürger:innen nicht gehört werden, zu wenig Einfluss nehmen können und es im politischen Betrieb zu viel Korruption und Lobbyismus gebe. Demokratie legitimiert sich bei den Teilnehmer:innen, wie bereits die Vorgängerstudie zeigen konnte (Faus/Storks 2019: 37–40), vorrangig durch ihren Output. Bei den Teilnehmer:innen überwiegt dabei der Eindruck, dass dieser Output zumeist schlecht ist. Aus der Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland folgt aber keinesfalls direkt eine Ablehnung oder Abkehr von Demokratie: Trotz Kritik und Unzufriedenheit gilt den meisten Teilnehmer:innen die Demokratie in Deutschland als das bestmögliche System, da es Macht auf Zeit begrenze und auf Gewaltenteilung und Kontrollinstanzen basiere.

Der für die Nachwendegeneration wichtigste Aspekt einer Demokratie ist: Alle Macht geht vom Volke aus. Demokratie heißt für sie darüber hinaus, dass alle Bürger:innen gleichermaßen gehört und ernstgenommen werden, dass sie unabhängig von Alter, Einkommen oder Bildung ein Mitspracherecht haben. Wahlen werden als hohes Gut gewertet, dabei wird dem Verlauf von Wahlen in Deutschland ein hohes Vertrauen ent-

gegengebracht. So betonen mehrere Teilnehmer:innen immer wieder, dass es, anders als in anderen Ländern, in Deutschland keine Wahlfälschungen gebe. Die Teilnehmer:innen heben zumeist hervor, dass das Wahlrecht erkämpft werden musste und man es daher auch nutzen müsse. Auf einzelne Personen, die offen darüber reden, nicht wählen zu gehen, wird von den anderen sehr kritisch reagiert, aber ohne das hier gegenseitige Überzeugungsarbeit gelingt.

Sehr vereinzelt stellen Teilnehmer:innen Überlegungen an, ob auch eine Diktatur zum Wohle aller als positive Utopie denkbar ist. Sie verwerfen die Idee aber meist selbst sehr schnell, da Kontrollinstanzen und Gewaltenteilung für ein gutes System letztlich immer unverzichtbar seien.

Trotz des aktuell geringen Vertrauens in die Politik gibt es ein hohes Vertrauen in die Stabilität der Demokratie in Deutschland. Nach der Begründung gefragt, werden das Grundgesetz und Kontrollinstanzen als institutionelle Faktoren angeführt. Aber auch Deutschlands Geschichte und Erfahrungen mit nicht-demokratischen Systemen, allen voran dem Nationalsozialismus, gelten als Garanten für eine stabile Demokratie. Auf die DDR als Diktatur wird hier weniger referiert, auf die Wende als friedliche Revolution hin zu einer Demokratie gar nicht.

Für die anwesenden jungen Erwachsenen scheint es kaum denkbar, dass Demokratie in Deutschland zukünftig kippen könnte. Zwar wird geäußert, dass es Demokratieverweigerer:innen auf der politisch radikal rechten und radikal linken Seite

gebe und die Demokratie auch von außen bedroht wird, aber als echte Gefahr wird dies derzeit nicht eingeschätzt. Dafür seien sich Demokratieverweigerer:innen untereinander zu uneins. Eine Differenzierung zwischen der radikalen Rechten und Linken erfolgt hier kaum. Unterschiedliche Argumentationsmuster zwischen ost- und westdeutscher Nachwuchsgeneration sind nicht ersichtlich.

“*Ist es eine wirkliche Demokratie, wenn wir nur Scheiße zur Auswahl haben?*  
(West)

“*Man kann immer meckern, aber wir leben in einer sehr gut funktionierenden Demokratie. Man muss gar nicht weit schauen, in andere europäische Nachbarländer, da ist das deutlich schlechter.*  
(Ost)

“*Demokratie sieht in meinen Augen ein bisschen anders aus als wie das aktuell abläuft.*  
(Ost)

“*Es ist mir gar nicht so wichtig, in was für einer Form von Staat ich lebe. Mir ist wichtig, dass es mir und meiner Familie und meinen Leuten gut geht.*  
(West)

“*Wir haben das Grundgesetz und das Grundgesetz schützt unsere Demokratie. Ich kann mir kein Szenario ausdenken, wo das anders ausgeht.*  
(Ost)

Dass die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie derzeit nicht in eine Ablehnung von Demokratie mündet, ist für sich genommen eine gute Nachricht. Doch besorgniserregend ist, dass aus der in der Nachwendegeneration nach wie vor vorhandenen Demokratiebefürwortung keine aktive Demokratieunterstützung folgt und wenig Sensibilität und Aufmerksamkeit für die Gefahr besteht, dass die Demokratie zerstört werden kann. Die Teilnehmer:innen schätzen die Gefahr, die von Demokratiegegner:innen, der radikalen Rechten und der AfD ausgehen, als gering ein und haben derzeit nicht den Eindruck, aktiv für Demokratie eintreten zu müssen.

### 5.3 Verteilungskonflikte und Abgrenzung nach unten

Auch ein intaktes subjektives Gerechtigkeitsempfinden ist ein entscheidender Faktor für politisches Vertrauen, welches wiederum Voraussetzung für gelingende politische Krisenbewältigung und Transformation ist (Baarck et al. 2022: 50). In der Vorgängerstudie zeigte sich, dass nur etwa die Hälfte der westdeutschen Nachwendegeneration Deutschland alles in allem als gerecht empfand. Unter den Ostdeutschen dieser Generation waren es nochmals deutlich weniger (Faus/Storks 2019: 50). Wie haben sich die Krisenjahre hier ausgewirkt?

Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen werden von der Nachwendegeneration auch heute noch mannigfaltig gesehen. Am präsentesten ist die Schere zwischen Arm und Reich. Durch Bildungsungerechtigkeiten wie Schwierigkeiten bei

der Studienfinanzierung oder zu niedrigen Ausbildungsgehältern wird diese Ungerechtigkeit in den Augen der Teilnehmer:innen immer weiter manifestiert. Bemerkenswerterweise liegt der Fokus bei Bildungsungerechtigkeiten vor allem auf dem monetären Background. Unterschiedliches kulturelles Kapital und unterschiedliche Bewertungen bei gleicher Leistung durch unterschiedlichen Bildungsbackground ist den Teilnehmer:innen weniger präsent.

Weitere Ungleichheiten werden zwischen Frauen und Männern gesehen, wobei in der Diskussion die unterschiedlichen Rollen der Frau in DDR und BRD und die auch nach der Wiedervereinigung fortbestehenden Unterschiede bei Kinderbetreuung und Frauenerwerbstätigkeit keine Rolle spielen. Dennoch werden an dieser Stelle Unterschiede zwischen den Ost- und Westgruppen deutlicher als bei anderen Themen. Vor allem die ältere Gruppe der ostdeutschen Nachwendegeneration thematisiert von sich aus, dass Ostdeutschland nach wie vor benachteiligt werde. Dreh und Angelpunkt, an dem sich die Ungleichheit manifestiere, ist in ihren Augen der Gehaltsunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.

“*Eventuell Ost und West. Ist zwar nicht mehr so, wie früher, aber ich denke schon, dass es da noch einen Unterschied gibt.*  
(Ost)

Der deutsche Sozialstaat gilt den Teilnehmer:innen als eine Errungenschaft, die maßgeblich zur Lebensqualität in Deutschland beiträgt. Die

Gruppendiskussionen zeigen in Ansätzen, wie die Grenzen des Sozialstaates in Verteilungskonflikten aktuell neu verhandelt werden. Viele der jungen Erwachsenen lassen durchblicken oder äußern sehr konkret, dass sie derzeit auch selbst das Gefühl haben, zu kurz zu kommen. Während sie für vieles kämpfen und sich Wohlstand oder Chancen erarbeiten müssten, bekämen andere deutlich mehr Unterstützung. Hier zeigt sich, wie bereits in der Diskussion um Stimmung und aktuelle Herausforderungen, dass Verteilungsfragen derzeit deutlicher gestellt werden und Verteilungskonflikte aufbrechen. Dabei findet vor allem eine Abgrenzung nach unten statt, in dem Teilnehmer:innen beispielsweise Eigenverantwortung betonen und Armut, Arbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit als individuelles Verschulden werten.

*„Ich bin froh in Deutschland zu leben, weil es keine willkürlichen Gesetze gibt und das Gesetz sehr durchdacht ist. Es beruht alles auf der Würde des Menschen.“*

(West)

*„Die Päckchen, die uns auferlegt werden, werden immer größer. Die Laune sinkt immer mehr. Die Ängste steigen immer mehr.“*

(Ost)

Wie mit Blick auf die generelle gesellschaftliche Stimmung bereits beschrieben, aber auch in diesem Zusammenhang zentral, zeigt sich: Dieser Verteilungskonflikt wird von einigen Teilnehmenden auch entlang von Herkunft geführt. Sie äußern den Eindruck, dass Migrant:innen staat-

lich mehr unterstützt würden als Bürger:innen ohne Migrationsgeschichte. Kritik gibt es in diesem Zusammenhang vereinzelt auch an der Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine: Entweder, dass ihnen zu viel geholfen wird und man weniger unterstützen sollte. Oder, dass Ukrainer:innen mehr geholfen wird als früheren Geflüchteten, beispielweise aus Syrien, und man diesen Menschen auch mehr hätte helfen müssen.

#### **5.4 Fehlender Dialog befeuert die Spaltung**

Die Teilnehmer:innen zeigen sich besorgt um eine gesellschaftliche Spaltung. Sie haben das Gefühl, dass der gesellschaftliche Dialog momentan nicht funktioniert oder gar nicht stattfindet. Eine insgesamt gereizte, aufgeregte gesellschaftliche Stimmung mache die Kommunikation zunehmend anstrengend. Schon in der ersten Studie hat sich gezeigt, dass sich die Nachwendegeneration mitunter bewusst aus politischen Gesprächen raushält, wenn diese kontroverse Themen zum Gegenstand haben oder aber die Gesprächspartner:innen politisch schwer einzuschätzen sind. Damals ging es vor allem um hitzig geführte Debatten um Migrations- und Asylpolitik, sowie um den erstarkenden Rechtspopulismus (Faus/Storks 2019: 31f.). Auch in der jetzigen Studie zeigt sich dieser Rückzug aus dem Politischen bei kontroversen und polarisierenden Debatten. Bereits bei vermeintlich harmlosen Themen bestehe teilweise die Gefahr, dass es verbal eskaliere. Jedes Wort, so manche Teilnehmer:innen, werde von Menschen mit anderer Meinung auf die Goldwaage gelegt.

Die Teilnehmer:innen können nicht sicher sagen, seit wann sie dieses Gefühl haben. Viele verorten den Ursprung aber in Zeiten der Corona-Pandemie. Die Krisensituation habe als Katalysator für politische und kulturelle Spaltungen in Deutschland fungiert.

*Man muss heute aufpassen, wie man seine Meinung sagt, sonst wird man sofort von fünf Seiten angegriffen, weil alle in Alarmbereitschaft sind.*

(Ost)

*Man ist entweder oder. Es gibt nicht mehr so viel Raum für Toleranz.*

(West)

In der Folge berichten viele, sich bewusst in einstellungshomogene Gruppen zurückzuziehen oder zumindest außerhalb dieser Gruppen kontroverse Themen auszuklammern. Auch in den Fokusgruppen selbst konnte dieses konfliktvermeidende Verhalten gerade bei kontroversen Aussagen beobachtet werden. Ablehnung oder Kritik wurde zum Teil nur nonverbal mit Mimik angedeutet oder aber es folgte unmittelbar die Suche nach einem gemeinsamen Nenner, um trotz angedeuteter Kritik oder Meinungsdivergenz wieder einen unstrittigen Punkt zu finden. Zum Teil äußerten Teilnehmer:innen auch erst in den Workshops, dass sie in den Fokusgruppen eine andere Meinung als die anderen Teilnehmer:innen hatten.

Gegenüber diesem bewussten Rückzug in homogene Gruppen zeigen sich die Teilnehmer:innen dabei durchaus selbstkritisch: Denn dieser treibe durch fehlenden Dialog und daraus folgend fehlendes gegenseitiges Verständnis Spaltungen weiter voran. Zudem verhindere eine Zersplitterung der Gesellschaft übergreifende Solidarisierung zur Durchsetzung gemeinsamer politischer Interessen.

*Wir sind eine einsame Gesellschaft, in der sehr viel nebeneinander her gelebt wird, ohne aufeinander Acht zu geben.*

(Ost)

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt steht es aus Perspektive der Nachwuchsgeneration alles in allem nicht gut. Zwar funktioniere Zusammenhalt noch im Kleinen, in privaten oder lokalen Kontexten, nicht aber darüber hinaus. Die Teilnehmer:innen in den ostdeutschen Gruppen stellen die These auf, dass der soziale Zusammenhalt dabei in Ostdeutschland vor der Wiedervereinigung besser war und eventuell daher auch weiterhin ist.

*Meine Generation nicht mehr, aber bei meinen Eltern und Großeltern ist das von der DDR im Kopf noch verankert, dass man aufeinander Acht geben muss. Weil die mussten sich ja gegenseitig helfen.*

(Ost)



## 6 Sicht auf Wiedervereinigung und Deutsche Einheit

In der Vorgängerstudie ließ sich schlussfolgern, dass es in der Nachwendegeneration keine ge-einte Sicht auf die Vergangenheit gibt. Die Perspektiven unterschieden sich aufgrund der unterschiedlichen Historien und die Bewertungen der Vergangenheit, aber auch die Einschätzungen zum Stand der Deutschen Einheit, vielen unterschiedlich aus (Faus/Storks 2019: 73 f.). Fünf Jahre später beleuchten wir auch diese Frage ein weiteres Mal. Was hat sich in Zeiten der Krise hier verändert – und was vielleicht auch nicht?

### 6.1 Ostdeutsche Identität ohne westdeutsche Entsprechung

Die Teilnehmer:innen wurden vorab nicht informiert, dass sie in den Fokusgruppen der ersten Stufe in rein ost- bzw. westdeutschen Konstellationen rekrutiert wurden. Den westdeutschen Teilnehmer:innen wird weder in der Vorstellungsrunde, wo alle auch ihren ungefähren Wohnort nennen, noch im Verlaufe der Diskussion von alleine bewusst, dass sie alle westdeutsch sind. Als durch die Moderation auf diese Gemeinsamkeit hingewiesen und gefragt wird, inwieweit westdeutsch für sie prägend oder identitätsstiftend ist, zeigen sich die meisten Teilnehmer:innen von der Frage eher irritiert und haben keine klare Antwort. Stattdessen sprechen sie über regionale Identitäten, die auch mit Mentalitäten und Dialekten verknüpft werden, die sie kenn-

zeichnen. Sie verstehen sich beispielsweise als Kölner:in oder Rheinländer:in, aber eben nicht als westdeutsch. In der weiteren Diskussion wird ersichtlich, dass für sie westdeutsch weder eine identitätsstiftende Kategorie ist, noch, dass die meisten sich mit ihrer Eigenschaft, westdeutsch zu sein, zuvor überhaupt beschäftigt haben. Die Frage nach ost- bzw. westdeutscher Identität hat nur diejenigen schon einmal beschäftigt, die einmal längere Zeit in Ostdeutschland gewesen sind, beispielsweise während des Studiums, einer Ausbildung oder anderweitig berufsbedingt. Diese Teilnehmer:innen berichten in den Fokusgruppen vor allem von negativen Erlebnissen: Für sie selbst sei es nicht relevant, westdeutsch zu sein, aber Ostdeutsche hätten ihnen gegenüber ihre ostdeutsche Identität des Öfteren betont, um sich aufzuspielen oder sie auszugrenzen.

Letztlich vermuten die westdeutschen Teilnehmer:innen aber, dass es sich vor allem um eine Generationenfrage handele. Für ihre und vor allem für kommende Generationen, so ihre These, verliere west- bzw. ostdeutsche Identität oder Zugehörigkeit zunehmend an Relevanz.

“Also ich habe mich erst gar nicht angesprochen gefühlt, als du gesagt hast, wir kommen alle aus Westdeutschland, weil ich mir dachte, nein, ich komme aus Süddeutschland.  
(West)

“*Ich habe Freunde, die als sie in den Osten gezogen sind, beschimpft worden sind als reiche Wessis.*  
(West)

In den ostdeutschen Gruppen wird den Teilnehmer:innen im Vergleich deutlich schneller bewusst, dass sie alle in Ostdeutschland leben. Insbesondere den Teilnehmer:innen in der älteren Gruppe fällt dies bereits in der Vorstellungsrunde auf. Als diese Gemeinsamkeit im Verlauf der Diskussion thematisiert wird, reagieren die Teilnehmer:innen mit unterschiedlichen Gefühlen: Einige sagen, sie hätten von dem Moment an nicht mehr den Eindruck gehabt, ihren Dialekt verstecken zu müssen. Andere äußern, sie hätten Bedenken gehabt, dass die Gruppendiskussion zum Ziel hätte, stereotypische Ergebnisse über „die Osis“ zu produzieren.

“*Im ersten Moment dachte ich mir: Klasse, voll die Stigmatisierung. Wir haben hier die Ossi-Gruppe und die ganze Meinungsforschung ist wieder unterteilt zwischen Ost und West.*  
(Ost)

Die meisten ostdeutschen Teilnehmer:innen äußern, ein Zugehörigkeitsgefühl zu Ostdeutschland zu haben, aber es mündet nicht bei allen auch in einem bewussten Identifikationsmerkmal. Zum Teil äußern die Teilnehmer:innen zwar, ostdeutsch sei Teil ihrer Identität, aber mitunter wird Ost-Identität auch als etwas gesehen, dass vor allem ältere Generationen noch hätten. Dass es gesamtgesellschaftlich betrachtet eine ostdeutsche Identität ohne westdeutsche Entspre-

chung gibt, konnte eine Studie von Hartl et al. (2020: 32) anschaulich belegen und hat sich auch in der Vorgängerstudie für die Nachwendegeneration bereits gezeigt (Faus/Storks 2019: 28).

Als ursächlich für die Existenz einer ostdeutschen Identität ohne vergleichbares westdeutsches Pendant sehen die Teilnehmer:innen zum einen eine DDR-Sozialisation – in der DDR seien die Bürger:innen stärker auf ein Verbundenheitsgefühl getrimmt worden –, aber zum anderen auch die gemeinsame Erfahrung der Nachwendezeit. Die Teilnehmer:innen diskutieren, dass die Identifikation mit Ostdeutschland der Versuch sei, eine eigene kulturelle Identität und Geschichte zu bewahren, wenn westdeutsch als Mehrheitsgesellschaft mit deutsch gleichgesetzt werde. Und gerade in Zeiten von Veränderungen, wie es die Nachwendejahre für viele ostdeutsche Bürger:innen im positiven wie negativen Sinne in jedem Fall waren, sei es für Menschen wichtig, die eigene Identität als Anker zu haben, um die eigenen „Wurzeln“ nicht zu verlieren. Eine weitere Erklärung, die vorgebracht wird, ist, dass Ost-Identität vor allem die Regionen Sachsen und Thüringen betreffe und es eine regional sehr unterschiedlich stark verteilte Identifikation gebe.

Für einige Teilnehmer:innen ist eine ostdeutsche Identität auch negativ behaftet, weshalb sie bewusst ablehnen, sie sich eigen zu machen. Sie assoziieren damit eher Eigenschaften wie männlich, weiß, nationalorientiert sowie Hooligans, keinesfalls aber einen Querschnitt der ostdeutschen Bevölkerung.

*“Für mich ist dieses Denken in Ost und West gar nicht vorhanden, weil es so weit weg ist. Ich bin 9 Jahre nach der Wende geboren.  
(Ost)*

*“Es ist wichtig, das in Geschichte zu behandeln. Aber es ist vielleicht auch ein Stück weit falsch, das zu seiner Identität zu machen. Wenn man immer Ost-West denkt, wird daraus keine Gemeinschaft.  
(Ost)*

## 6.2 Gegenseitige Zuschreibungen als fortbestehendes Relikt

Obwohl die Teilnehmer:innen immer wieder betonen, eine Trennung zwischen Ost und West spiele für sie heutzutage kaum noch eine Rolle, benutzen sie unbewusst oder auch bewusst, aber mit gestisch dargestellten Anführungsstrichen, Formulierungen wie „drüben“. Auch dieses Verhalten hatte sich schon in der Vorgängerstudie gezeigt und besteht, wie sich hier zeigt, fort (Faus/Storks 2019: 24 f.).

Die Teilnehmer:innen betonen zumeist, dass es nichts gibt, was für sie typisch ost- oder westdeutsch ist, beschreiben dann im Verlaufe der Diskussionen aber doch die jeweils andere Landeshälfte mit typischen, teilweise auch stereotypen Attributen. In den Westgruppen wird Westdeutschland beispielsweise als toleranter dargestellt, während der Osten hingegen mit Rassismus und Rechtsradikalismus assoziiert wird. Hier werden auch Begriffe wie „Dunkeldeutschland“ verwendet.

Gerade die ostdeutschen Teilnehmer:innen stoßen sich an einem Framing, das Ostdeutschland als rückständig darstellt. Zwar gehe es dabei häufig um strukturelle Ungleichheiten mit Blick auf Wirtschaftsstärke, Einkommensniveau oder ähnlichem, doch dabei schwinde oft auch eine Abwertung von Ostdeutschland insgesamt mit. Über Ostdeutschland und Ostdeutsche werde in einer Art und Weise gesprochen, die einem vermittele, man hänge hinterher. Erzählungen über Ostdeutschland seien zumeist Defiziterzählungen.

Ursächlich für diese gegenseitige Wahrnehmung und Beschreibung sehen die Teilnehmer:innen vor allem die Prägung durch ihre Eltern- und Großelterngeneration. Von diesen würden bestimmte Bilder und Ideen schlicht übernommen, aber auch Medien, so die Kritik vor allem in den Ostgruppen, würden durch Schlagzeilen und zu einseitige Berichterstattung diese gegenseitige Wahrnehmung und Spaltung in Ost und West verstärken.

*“Meine Eltern denken noch so richtig ostdeutsch.  
(Ost)*

*“Wenn man in Westdeutschland ist und sagt, man kommt aus Sachsen, ist man gleich rechts.  
(Ost)*

*“Den Ostdeutschen erkennt man meist direkt am Dialekt.  
(West)*

“*Im Osten ist man entweder extrem links oder extrem rechts. Es gibt da keinen Mittelweg.*  
(West)

### 6.3 Keine einheitliche Perspektive auf Wende und Deutsche Einheit

In der Vorgängerstudie hat sich gezeigt, dass die ostdeutsche Nachwendegeneration auch privat deutlich häufiger mit dem Thema Wiedervereinigung konfrontiert wurde, während die gleichaltrigen Westdeutschen außerhalb des Geschichtsunterrichtes nur wenige Berührungspunkte hatten (Faus/Storks 2019: 20). Dieser Befund bestätigt sich in dieser Studie: Für die westdeutsche Nachwendegeneration ist die Wiedervereinigung privat fast nie Thema gewesen. In der Regel haben weder sie selbst, noch ihre Familie und Freunde einen persönlichen Bezug dazu. Sie nehmen an, dass es eine Generationenfrage ist und vielmehr ältere Bürger:innen als Zeitzeugen, vor allem ältere Ostdeutsche, betrifft und persönlich beschäftigt. Als Grund, weshalb es vor allem Ostdeutsche und nicht mindestens genauso auch ältere Westdeutsche beschäftigt, nennen sie, dass „dem Osten“ das westdeutsche System „übergestülpt“ worden sei, sowohl politisch als auch kulturell. Dadurch habe sich in Westdeutschland fast nichts, in Ostdeutschland jedoch fast alles verändert.

Einerseits wird diese als einseitig empfundene Wiedervereinigung von den westdeutschen Teilnehmer:innen zwar kritisiert, andererseits können sie keine Beispiele nennen, was „der Westen“ von Ostdeutschland hätte übernehmen

können. Es habe „im Osten“ ihrer Einschätzung nach schlicht mehr schlechte als gute Dinge gegeben. Konfrontiert mit dem Vorwurf, dass sich Westdeutsche für Ostdeutschland bis heute zu wenig interessieren, stimmen sie diesem selbstkritisch zu. Einzelne betonen, dass die DDR-Vergangenheit und Wiedervereinigung nicht in Vergessenheit geraten dürfen, wie das folgende Zitat zeigt. Dabei werden von diesen Teilnehmer:innen aber Versäumnisse oder Probleme der Nachwendezeit eher ausgeblendet.

“*Es darf nicht vergessen werden. Die Geschichte endet nicht damit, dass die Mauer gefallen ist. Es gab mehr als genug Mauertote.*  
(West)

Ein anderes Bild zeigt sich in den Gruppendiskussionen mit Ostdeutschen. Hier geben viele Teilnehmer:innen an, dass die Wiedervereinigung und auch die Nachwendezeit privat durchaus Thema waren – aber keinesfalls bei allen. Nach einer Erklärung gefragt, wieso ein so einschneidendes Erlebnis von der eigenen Familie privat nicht thematisiert wurde, spekulieren einige, dass es davon abhängig ist, wie es den Eltern nach der Wende ging. Für sich selbst sehen aber auch die meisten ostdeutschen Teilnehmer:innen keinen persönlichen Bezug mehr zur Wiedervereinigung. Vielmehr nervt es sie mitunter, wenn beispielweise Kolleg:innen oder Nachbar:innen verklärt anfangen zu erzählen, was alles anders gewesen sei.

Hier zeigt sich dann auch eine Gemeinsamkeit zwischen ost- und westdeutschen Teilneh-

mer:innen: Sie nehmen an, dass beim Blick auf Wiedervereinigung und deutsche Einheit eher Altersunterschiede als Ost-West-Unterschiede entscheidend seien.

“*Meine Schwiegereltern erzählen zwar immer davon, aber ich kann mir das einfach gar nicht vorstellen.*

(Ost)

#### **6.4 Gleichwertige Lebensverhältnisse und ostdeutsche Benachteiligung**

Wenn auch nicht immer explizit, äußerten die Teilnehmer:innen in den ostdeutschen Fokusgruppen immer wieder von selbst, dass Ostdeutsche bis heute häufig benachteiligt würden. In den Westgruppen kam diese Einschätzung nicht von selbst zur Sprache.

Von der Moderation mit der Aussage konfrontiert, dass Ostdeutsche bis heute benachteiligt werden, stimmten die westdeutschen Teilnehmer:innen zu einem gewissen Grad zu, betonten aber auch, dass die einzige Benachteiligung die Gehaltsdifferenz zwischen Ost und West sei. Diese Ungleichheit versuchen einige von ihnen unmittelbar mit dem Verweis auf niedrigere Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland zu legitimieren. Einzelne stellen bei der Diskussion ad hoc Überlegungen an, ob Ostdeutsche schlechtere Chancen bei Bewerbungen haben könnten.

Auch in den Ostgruppen wurde die Aussage zur Benachteiligung von Ostdeutschen durch die Moderation explizit in die Diskussion eingebracht.

In ihrer Zustimmung zu dieser Aussage legen die ostdeutschen Teilnehmer:innen dabei ein merkbar breiteres Verständnis von Ungleichbehandlung zugrunde. Auch sie stellen Gehaltsunterschiede in den Fokus, gehen darüber hinaus jedoch auf weitere Facetten ein: Ein viel verwendetes Beispiel ist die negative Reduzierung auf den sächsischen Dialekt, der dabei zudem mit Ostdeutschland insgesamt gleichgesetzt werde. Einige ostdeutsche Teilnehmer:innen berichten in dem Zusammenhang, dass sie versuchen, ihren Dialekt außerhalb der eigenen Heimatregion bewusst zu verstecken, um nicht mit negativen Attributen in Verbindung gebracht zu werden. Manche Teilnehmer:innen bekunden, sie versuchten sich ihren ursprünglichen Dialekt sogar gänzlich abzutrainieren und sich in manchen Momenten selbst bei einem internalisiertem „Ost-bashing“, der Abwertung anderer Menschen mit diesem Dialekt, ertappen. Vor allem die ältere Nachwendegeneration kritisiert, dass schon seit den 1990ern „der Ossi“ als Projektionsfläche für Comedians und Medien diene.

Gleichwohl unterschiedliche Facetten von Ungleichbehandlung Thema sind, wird weder in den Fokusgruppen noch in den Workshops von selbst thematisiert, dass Ostdeutsche weiterhin in den Führungsetagen von Politik, Medien und Wirtschaft unterrepräsentiert sind. Gestützt durch die Moderation in die Diskussion gegeben, zeigte sich, dass insbesondere die ungleiche Medienrepräsentation von Ostdeutschland den Teilnehmer:innen aus Ost- wie Westdeutschland nicht bewusst ist – und auch erstaunlich wenig problematisiert wird, als die Moderation darauf

hinweist. In der weiteren Diskussion wird beispielsweise die Forderung nach einer Ostquote mehrheitlich abgelehnt, weil hierfür gar keine Notwendigkeit bestehe. Außerdem sei, so die Teilnehmer:innen, heutzutage in ihrer Generation gar nicht mehr klar zu definieren, wer ost- und wer westdeutsch ist.

Bezogen auf den Wohnort äußern sowohl die ostdeutschen als auch die westdeutschen Teilnehmer:innen, dass sie sich vorstellen können, in den jeweils anderen Landesteil umzuziehen. Ost und West seien für die Wahl ihres Wohnortes keine Kriterien. Westdeutsche Teilnehmer:innen mit Migrationsgeschichte äußern aber zugleich Bedenken, dass es in Ostdeutschland mehr Rassismus gebe. Für alle bleiben am Ende aber Familie, Freunde, Heimatnähe und berufliche sowie wirtschaftliche Chancen die zentralen Kriterien für die Wahl des Wohnortes.

Diese Chancen, die vor dem im Kapitel 4 skizzierten Streben nach Sicherheit in Zeiten der Instabilität umso wichtiger sind, hängen dabei vor allem mit der Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen zusammen. Schon die Vorgängerstudie unterstrich die zentrale Bedeutung, die der Herstellung von Gleichwertigkeit zukommt, damit die Nachwendegeneration zur Einheitsgeneration wird (Faus/Storks 2019: 76). In den Workshops definieren die Teilnehmer:innen gemeinsam, dass gleichwertige Lebensverhältnisse für sie mehrere Aspekte umfassen:

- gleiche Rechte und gleiche Gesetze
- gleiches Geld für gleiche Arbeit

- gleiche Preise und Lebenshaltungskosten
- vergleichbare Infrastruktur hinsichtlich Bildung, Gesundheit, Verkehr und Internet

Insbesondere hinsichtlich Infrastruktur diskutieren sie, dass sich Lebensverhältnisse hier nicht nur zwischen Ost und West unterscheiden, sondern innerhalb von Ost und West auch zwischen Zentrum und Peripherie. Mitunter vermuten sie, dass dieser Unterschied sogar größer sein könnte. Eine Karte, welche Landkreise von strukturschwach bis -stark einfärbt (Fina et al. 2019: 6), überraschte die Teilnehmer:innen dann aber in ihrer Deutlichkeit: Dass Ostdeutschland alleine durch die Einfärbung strukturschwacher Landkreise bis heute unmittelbar optisch erkennbar ist und es dort nur wenige strukturstarke Landkreise gibt, die zudem alle urbane Zentren sind, offenbart eine größere Diskrepanz als von west- wie ostdeutscher Nachwendegeneration zuvor angenommen. Die Teilnehmer:innen leiten daraus ab, dass die Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen noch immer aktuell und eine weiterbestehende Aufgabe ist.

Die westdeutschen Fokusgruppen in der ersten Forschungsstufe zeigen wenig Wissen zu Unterschieden bei Einkommen und Renten zwischen Ost- und Westdeutschland. Die meisten haben sich mit der Frage nach Unterschieden bislang gar nicht auseinandergesetzt. In den Ostgruppen hingegen ist präsent, dass das Lohn- und Einkommensniveau in ihrer Region vielerorts geringer ist als in Westdeutschland, dass die Wirtschaft durch fehlende große Unternehmen schwächer ist, und dass man dadurch weniger

berufliche Chancen oder Möglichkeiten hat. Zugleich haben sie den Eindruck, dass das Betreuungs- und Bildungssystem in Ostdeutschland besser sei als in Westdeutschland. Nach einer Einschätzung gefragt, nehmen sie korrekterweise an, dass Unterschiede den Westgruppen nicht präsent sind.

*“Ostdeutsche Städte sind alle top saniert, da merkt man keine Unterschiede.*  
(West)

*“Es gibt im Westen viel mehr Möglichkeiten, weil es in Ostdeutschland auch viel weniger Mittelständische Unternehmen und Großkonzerne gibt, die einstellen wollen.*  
(Ost)

*“Wessis sind nicht betroffen, die machen sich da gar nicht so Gedanken drüber.*  
(Ost)

Wie in den einzelnen Fokusgruppen wurde auch in den gemeinsamen Workshops das Gehalt als größte Spaltungslinie bzw. als schwerwiegendste Ungleichheit ausgemacht – stärker als Repräsentation und stärker als Vermögen. Die in den Westgruppen andiskutierte Frage nach unterschiedlichen Lebenshaltungskosten, welche die Unterschiede erklären und zu einem gewissen Grad auch rechtfertigen soll, wird in den gemeinsamen Workshops zurückgewiesen. Zwar sei Wohnraum in manchen Gegenden Ostdeutsch-

lands günstiger, aber auch im Osten gebe es Boom-Regionen. Und der Kauf eines Autos oder die Buchung einer Reise seien gleich teuer, egal ob man in Ost- oder Westdeutschland lebe.

Vor allem die ostdeutschen Teilnehmer:innen sagen, die Gehaltsunterscheide seien historisch gewachsen, weil Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung ein schwächerer Wirtschaftsstandort war. Ungleiche Tarifverträge und fehlende Großunternehmen tragen dazu bei, dass Gehaltsunterschiede bis heute fortbestehen. Für die Teilnehmer:innen ist dies vor allem der Politik als Versagen zuzuschreiben.

*“Ich find es doof, dass es immer noch diesen Unterschied gibt. Versteh ich nicht, kann ich nicht nachvollziehen.*  
(Ost)

Ohne dass es durch die Moderation in die Diskussion eingebracht wird, ist den Teilnehmer:innen nicht präsent, dass es neben Gehalts- auch deutliche Vermögensunterschiede zwischen Ost und West gibt, die man sehr gut an ungleicher Verteilung von Erbschaften und Schenkungen ablesen kann. Dies erklären sich die Teilnehmer:innen ebenfalls durch die DDR-Vergangenheit Ostdeutschlands, aber das Fortbestehen der Ungleichheit wird hier deutlich weniger kritisiert als beim Gehalt. Es ist für sie gefühlt weniger ungerecht, als dass man für die gleiche Arbeit weniger Geld bekommt.



## 7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

2019 haben wir in einer OBS-Studie das erste Mal ein Schlaglicht auf die Nachwendegeneration geworfen. Ein zentraler Befund dieser Vorgängerstudie war, dass es in dieser jungen Generation zwischen Ost und West nach wie vor Einstellungsunterschiede gibt, die Generation aber letztlich mehr eint als trennt (Faus/Storks 2019: 73–76): Junge Ostdeutsche bewerteten die wirtschaftliche Lage ihrer Region zumeist schlechter und empfanden die Verhältnisse in Deutschland seltener als gerecht als die gleichaltrigen Westdeutschen. Gemeinsam war der Nachwendegeneration jedoch in beiden Landesteilen der zugleich positive Blick in die Zukunft. Auch wenn das Gefühl, auf politische Entscheidungen wenig Einfluss nehmen zu können, schon damals in der gesamten Altersgruppe sehr verbreitet war und sich viele mit dem Funktionieren des demokratischen Systems in Deutschland unzufrieden zeigten, erwies sich die Demokratieunterstützung in beiden Landesteilen dennoch als hoch.

Die darauffolgenden Jahre waren von multiplen Krisen geprägt: Allen voran die Schocks durch die Corona-Pandemie und Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine mit all ihren auch längerfristigen Auswirkungen sowie die sich verschärfende Klimakrise sind für die Gesellschaft zunehmend zur Belastungsprobe geworden. Krise als Normalzustand – was macht das mit

der zuvor doch positiv gestimmten Nachwendegeneration?

Um dieser Frage nachzugehen, haben wir in einem qualitativem Forschungsdesign die Krisenresilienz in den Fokus gestellt. Dem Konzept der Resilienz zufolge braucht es als Gesellschaft zum einen Zuversicht und Zukunftsoptimismus, aber auch Vertrauen in Politik und Demokratie sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt und Gerechtigkeit, um Krisen unbeschadet zu überstehen.

Wenn wir uns diese Bedingungen ansehen, fällt die Bewertung bereits beim Blick auf Zuversicht und Zukunftsoptimismus negativ aus. Finanzielle Sorgen verschärfen aktuell die existierenden Alltagsprobleme der jungen Generation, Unsicherheiten erschweren den Start ins eigene Leben. Die Nachwendegeneration zeigt sich krisenmüde und überfordert von den Anpassungen, die ihnen die letzten Jahre abverlangt haben. Der Blick nach vorne lässt für sie tendenziell keine Verbesserung erkennen: Das Versprechen, dass es kommenden Generationen einmal besser gehen wird, hat in ihren Augen keine uneingeschränkte Gültigkeit mehr. Es gibt für sie keine positive Zukunftserzählung. Dies ist insofern ein Problem, als längst nicht alle Krisen ausgestanden sind: Einige Krisen wie der Klimawandel werden uns noch jahrzehntelang begleiten, neue Krisen werden dazukommen.

Das fehlende Zukunftsversprechen ist aber nicht nur für die Krisenresilienz, sondern auch für anstehende Transformationsleistungen ein Problem. Analog zu anderen Studien (vgl. Poulakos/Kittel 2023) beobachten auch wir einen Rückzug ins Private. Statt die Zukunft zu gestalten, wird auf der Suche nach Stabilität und Sicherheit mitunter ein Bild von der Vergangenheit romantisiert oder die Idee vom Auswandern als gedanklicher Fluchtpunkt genutzt, um das Versprechen, dass eigene kleine Glück noch finden zu können, weiter aufrechtzuerhalten. Felix Heidenreich zeigt auf, warum die hier zu beobachtende fehlende Zukunft nicht nur eine Belastung für jede:n Einzelne:n bleibt, sondern langfristig auch die Demokratie gefährdet. Ihm zufolge müssen moderne Demokratien eine positive Zukunft in Aussicht stellen können: „Es gab und gibt keine Demokratie ohne ein solches Versprechen“ (Heidenreich 2023: 19). In den USA lässt sich bereits empirisch nachweisen, wie Zukunftssorgen mit einer Abkehr von Demokratie einhergehen. Auch in Deutschland zeigt sich, dass vor allem die Wähler:innen der rechtsradikalen AfD nicht an eine positive Zukunft glauben, sondern diese in einer vermeintlichen, romantisierten Vergangenheit suchen (ebd.: 19 ff. & 77). Dies ist, wie Heidenreich analysiert, aber kein Wesensmerkmal von Demokratien, sondern von autoritären Staaten: Putin träumt von der Restauration des Zarenreichs, Erdoğan bemüht die Vision eines Osmanischen Reichs.

Auch um die zweite Bedingung für Resilienz, das Vertrauen in Politik und Demokratie, steht es in der Nachwendegeneration derzeit nicht be-

sonders gut. Schon in der Vorgängerstudie war die Demokratiezufriedenheit eher gering (Faus/Storks 2019: 37 ff.). Ohne es mit der vorliegenden Studie in Zahlen ausdrücken zu können, zeichnen die Fokusgruppen und Workshops dennoch ein klares Bild: Verbessert hat sich die Demokratiezufriedenheit der Nachwendegeneration in den Krisenjahren keinesfalls. Politik wird von ihnen aktuell vor allem mit negativen Aspekten assoziiert, mehr als Fremd- denn als Mitbestimmung empfunden. Viele der Teilnehmer:innen teilen Gefühle von politischer Ohnmacht.

Auch dieser Befund ist nicht nur für die Resilienz, sondern auch für die demokratische Gestaltung von Zukunft jenseits von Krisenbewältigung ein Problem. So zeigt die Leipziger Autoritarismus-Studie, dass „das Gefühl, keinen Einfluss auf politische Prozesse zu haben bzw. dass es sinnlos sei, sich politisch zu engagieren, [...] mit einer stärkeren Zustimmung zu autoritären Aussagen verbunden [ist]“ (Heller et al. 2022: 172). Insgesamt zeigt die Nachwendegeneration, trotz zum Ausdruck gebrachter Unzufriedenheiten und politischer Deprivation, zwar noch immer eine breite Demokratieunterstützung, doch gilt Demokratie zugleich fast als Selbstverständlichkeit und damit nicht als etwas, um das man sich fortlaufend bemühen und aktiv herstellen oder erhalten muss. Darin kommt zum einen ein sehr einseitiges Verständnis von politischer Partizipation und Demokratie zum Ausdruck, welches zivilgesellschaftliches Engagement oder auch unkonventionelle, nicht-verfasste politische Partizipation als Beitrag zur Demokratie nicht mit in den

Blick nimmt. Zum anderen bedeutet dies, dass Bürger:innen eine Haltung gegenüber Politik und Demokratie einnehmen, in der sie laut Heidenreich zu bloßen Konsument:innen werden. Doch gilt: „Demokratie ist kein Supermarkt“ (Heidenreich 2022: 66).

Damit Krisenbewältigung genauso wie anstehende Transformationsleistungen gelingen können, braucht es Akzeptanz und aktive Unterstützung der Bürger:innen. Diese kann in der Nachwendegeneration aber nicht erwachsen, solange Politik als Fremd- statt Selbstbestimmung, als planlos reagierend statt aktiv gestaltend und als System, das zwar um die Themen und Herausforderungen der jungen Bürger:innen weiß, sie aber nicht angeht, wahrgenommen wird.

Auch der Blick auf die dritte Voraussetzung für Krisenresilienz der Nachwendegeneration eignet sich an dieser Stelle leider nicht, um zu einem positiven Abschluss zu kommen: Bei den Einschätzungen der Nachwendegeneration darüber, wie gerecht die deutsche Gesellschaft ist, zeigen sich mit Blick auf ältere Ergebnisse keine Verbesserungen. Nur Einzelne haben das Gefühl, dass es in Deutschland gerecht zugeht, viele hingegen haben den Eindruck, aktuell selbst zu kurz zu kommen. Das mündet in sich verschärfenden Verteilungskonflikten, die von einigen Teilnehmer:innen durch eine Abgrenzung nach unten benannt werden. Es zeigt sich erneut die bereits in der Einleitung skizzierte autoritäre Verarbeitung von Unsicherheit und Unzufriedenheit. Das Prinzip von Eigenverantwortung wird hier zu Selbstverschulden.

Der Umgang mit gegenwärtigen und kommenden Krisen, vor allem aber das Gelingen anstehender Transformationen und die Gestaltung von Zukunft sind aber abhängig von einem intakten Gefühl des Miteinanders. Vor allem braucht es einen offenen, funktionierenden gesellschaftlichen Dialog, um in einer demokratischen Gesellschaft Aushandlungsprozesse und Kompromissfindung zu ermöglichen. Schon in der Vorgängerstudie konnte gezeigt werden, dass junge Bürger:innen sich aus dem politischen Raum eher zurückziehen, weil die Stimmung als zu aufreibend empfunden wurde. Das hat sich verschärft: Die Teilnehmer:innen dieser Studie zeigen sich besorgt um eine zunehmende Spaltung. Viele äußern, dass sie sich in politischen Auseinandersetzungen eher konfliktvermeidend verhalten, da es zu viele verhärtete Fronten gebe.

Um auf die von Reckwitz (2021) bemühte Metapher von „Standbein und Spielbein“ zurückzukommen – es braucht Krisenresilienz zur Bewältigung der Gegenwart, aber auch Gestaltungsmacht für die Zukunft – muss an dieser Stelle geschlussfolgert werden, dass die Nachwendegeneration in beiden Aspekten nach Jahren der Krise gerade nicht gut dasteht. Es mangelt an Zuversicht, an Vertrauen in die Politik sowie an gesellschaftlichem Zusammenhalt. Es bleibt daher eine gesellschaftliche und vor allem politische Aufgabe für Akteur:innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen, Alternativen und Handlungsmöglichkeiten für ein echtes Zukunftsversprechen zu erarbeiten und aufzuzeigen. Dass junge Bürger:innen der Nachwendegeneration, die faktisch mehr Le-

benszeit vor sich haben als alle älteren Generationen, das eigentlich paradoxe Gefühl teilen, weniger Zukunft als vorherige Generationen zu haben, ist ein nicht zu unterschätzendes Problem. Es ist an der Politik, die eigene Problemlösungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, um Zufriedenheit zu stärken und Unterstützung für Demokratie in Zeiten zu generieren, wo diese international unter Druck geraten ist. Die Herausforderungen der Zukunft – demografischer Wandel, Digitalisierung, Klimawandel, der Schutz von Demokratie und Frieden – sind so groß, dass sie nicht durch eine Gesellschaft von Einzelkämpfer:innen zu meistern sind. Es braucht Miteinander, und Miteinander braucht gesellschaftlichen Dialog.

Abschließend bleibt die Frage, ob sich die Nachwendegeneration in Ost und West nun angenähert oder weiter auseinanderentwickelt hat. Die auffälligste Differenz in der Vorgängerstudie war, dass es keine geeinte Sicht auf die Vergangenheit gab: Zu unterschiedlich waren Wissensstand zu und persönliche Berührungspunkte mit deutscher Teilung, Wende und Nachwendezeit. Auch 30 Jahre nach dem Mauerfall identifizierten sich Ostdeutsche als ostdeutsch, ohne dass es dazu eine westdeutsche Entsprechung gab. Wie haben sich die letzten Jahre, die von Krisen dominiert waren, darauf ausgewirkt?

Sowohl die nach Ost- und Westdeutschen getrennten Fokusgruppen der ersten Stufe als auch

die gemeinsame Diskussion in der zweiten Stufe der Workshops zeigen: Die Perspektive auf die Vergangenheit unterscheidet sich nach wie vor je nach persönlicher Nähe zur Thematik und persönlichen Berührungspunkten mit ostdeutscher Geschichte. Für die meisten Westdeutschen spielt diese Geschichte keine Rolle, für einige Ostdeutsche hingegen schon – wobei das Spektrum hier von der bewussten Identifikation mit Ostdeutschland bis hin zur Abgrenzung und zum genervt sein von eben dieser Identifikation anderer mit Ostdeutschland reicht.

Wichtiger aber als die Perspektive auf die Vergangenheit ist der überwiegend negative Blick auf Politik und Gesellschaft, der von der ost- und westdeutschen Nachwendegenerationen derzeit geteilt wird. Den jungen Bürger:innen sind, vor allem in Ostdeutschland, in der Gegenwart fortbestehende objektive Ungleichheiten ausgesprochen wichtig. Dabei geht es den meisten Teilnehmer:innen weniger um ostdeutsche Repräsentation, als um finanzielle und wirtschaftliche Ungleichheiten. Die Frage, wer in ihrer und vor allem in kommenden Generationen noch als ost- oder westdeutsch gilt, finden sie kaum zu beantworten. Sozialisationsunterschiede würden vor allem ältere Generationen betreffen, das „wachse sich raus“. Die Herstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse bleibt hingegen die zentrale Aufgabe zur Vollendung einer Deutschen Einheit für die Nachwendegeneration. Und das richtet nicht die Zeit allein.

## Literaturverzeichnis

- Amlinger, C. / Nachtwey, O. (2022): Gekränkte Freiheit – Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin: Suhrkamp.
- Baarck, J. / Dolls, M. / Unzicker, K. / Windsteiger, L. (2022): Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bettendorf, S. / Löhe, F. (2021): Wähler ohne DDR-Hintergrund – AfD stärkste Kraft bei Unter-30-Jährigen, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-starkste-kraft-bei-unter-30-jahrigen-6174958.html> (abgerufen 17.07.2023).
- Decker, O. / Kiess, J. / Heller, A. / Schuler, J. / Brähler, E. (2022): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, O. / Kiess, J. / Heller, A. / Brähler, E. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 31–90.
- Döbele, C. / Engels, J.N. / Heinrich, R. / Loew, N. / Schläger, C. / Simon, A.M. / Vitt, A.-K. (2023): Krisenerwachsen – Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?, in: FES diskurs, Mai 2023.
- Faus, R. / Storks, S. (2019): Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration. OBS-Arbeitsheft 96, Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Fina, S. / Osterhage, F. / Rönsch, J. / Rusche, K. / Siedentop, S. / Zimmer-Hegmann, R. / Danielzyk, R. (2019): Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Karten, Indikatoren und wissenschaftliche Handlungsempfehlungen, Berlin/Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Graefe, S. (2022): #Resilienz. Leitkonzept in der Vielfachkrise?, in: Geschichte der Gegenwart, online unter: <https://geschichtedergegenwart.ch/resilienz-leitkonzept-in-der-vielfachkrise/> (abgerufen am 05.09.2023).
- Hartl, M. / Faus, J. / Unzicker, K. (2020): 30 Jahre deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Heidenreich, F. (2022): Demokratie als Zumutung, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Heidenreich, F. (2023): Die Zukunft der Demokratie, Ditzlingen: Reclam.
- Heller, A. / Dilling, M. / Kiess, J. / Brähler, E. (2022): Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext, in: Decker, O. / Kiess, J. / Heller, A. / Brähler, E. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 161–185.
- Kalkstein, F. / Höcker, C. (2023): Ich habe besseres zu tun, in: Freie Assoziation, 25(2), S. 29–44.
- Liljeberg, H. / Krambeer, S. (2022): Deutschland-Monitor: Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland, in: Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hrsg.): Bericht 2022 – Ostdeutschland. Ein neuer Blick, S. 88-117.
- Marschall, M. (2022): Keine Zeit zum Träumen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/generation-krise-keine-zeit-zum-traeumen-18336431.html> (abgerufen 17.07.2023).

Neu, C. / Küpper, B. / Luhmann, M. / Deutsch, M. / Fröhlich, P. (2023): Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland, Berlin: Das Progressive Zentrum.

pollytix (2022): pollytix-Politikmonitor Februar 2022, Berlin: pollytix strategic research gmbh.

Poulakos, I. / Kittel, S. (2023): Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, online unter: <https://www.rheingold-marktforschung.de/gesellschaft/deutschland-auf-der-flucht-vor-der-wirklichkeit/> (abgerufen am 05.09.2023).

Reckwitz, A. (2021): Die Politik der Resilienz und ihre vier Probleme, in: DER SPIEGEL, online unter: <https://www.spiegel.de/psychologie/corona-und-politische-resilienz-was-wir-aus-der-krise-lernen-sollten-a-3cea4d87-0002-0001-0000-000176138623> (abgerufen am 05.09.2023).

Schnetzer, Simon / Hampel, Kilian / Hurrelmann, Klaus (2023): Trendstudie Jugend in Deutschland. Aktuelle Krisen belasten Jüngere stärker als Ältere – Ein Generationenkonflikt bleibt aus.

TUI Stiftung (2022): Junges Europa 2022 – So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren, Hannover: TUI Stiftung.

Veer, I. M. / Riepenhausen, A. / Zerban, M. et al. (2021): Psycho-social factors associated with mental resilience in the Corona lockdown, in: Transnational Psychiatry 11(67).

---

## Verzeichnis der Abbildung

Abbildung 1: Teilnehmenden-Konstellation .....	13
--	----

## Hinweise zu den Autor:innen

**Simon Storks** ist Soziologe M. A. und spezialisiert auf politische Partizipationsforschung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung. Er ist seit 2017 bei der Berliner Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh tätig, zunächst als Berater, seit 2020 als Seniorberater. Er ist Autor weiterer Studien und Beiträge wie „Krisenstimmung: Die ‚Bewegliche Mitte‘ kann kippen“, „Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise?“ sowie „Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken“.

**Rainer Faus** ist Diplom-Sozialwissenschaftler, Autor sowie Gründer und Geschäftsführer der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. In den vergangenen 15 Jahren hat er zahlreiche Publikationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen veröffentlicht. Mit pollytix berät er auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kund:innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

**Jana Faus** ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin sowie Gründerin und Geschäftsführerin der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. Sie forscht seit mehr als 15 Jahren zu politischen und gesellschaftlichen Themen in Asien, Australien und Deutschland und ist Autorin verschiedener Publikationen, unter anderem „30 Jahre deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland“, „Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog. Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland“ und zusammen mit Rainer Faus „Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland“.

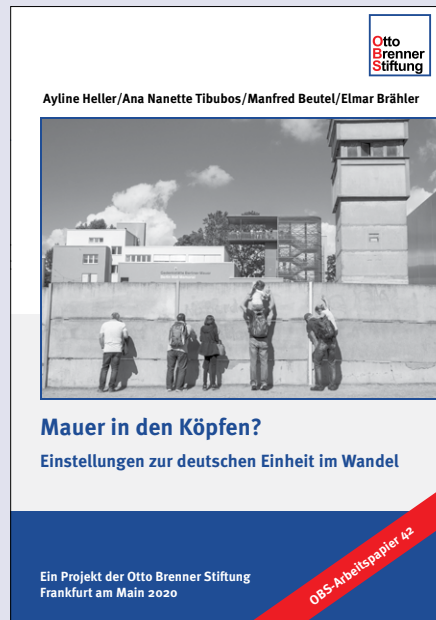


## Weitere OBS-Publikationen zum Thema:



**Kostenloser Download unter:**

<https://www.otto-brenner-stiftung.de/nachwendegeneration/>



**Kostenloser Download unter:**

<https://www.otto-brenner-stiftung.de/mauer-in-den-koepfen-1/>

- Nr. 61 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Immer weiter nach rechts außen  
(Arne Semsrott, Matthias Jakubowski)
- Nr. 60 Vom Winde verdreht? Mediale Narrative über Windkraft, Naturschutz und Energiewandel  
(Georgiana Banita)
- Nr. 59 Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024  
(Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels)
- Nr. 58 Antisemitismus. Alte Gefahr mit neuen Gesichtern  
(Michael Kraske)
- Nr. 57 Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien  
(Siri Hummel, Laura Pfirter)
- Nr. 56 Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen  
(Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 55 Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg. Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben  
(Burkhard Schmidt, Rainer Nübel, Simon Mack, Daniel Rölle)
- Nr. 54 Mediale Routinen und Ignoranz? Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs  
(Lutz Mükke)
- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise  
(Marc Engelhardt)
- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD  
(Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen  
(Arne Semsrott, Matthias Jakubowski)
- Nr. 50 Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation  
in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)
- Nr. 49 Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook  
(Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)
- Nr. 48 Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode  
(Sven Osterberg)
- Nr. 47 Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten  
(Christine E. Meltzer)
- Nr. 46 Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker\*innen in ausgewählten Tageszeitungen  
(Marvin Oppong)
- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung  
Deutschlands fest? (Lutz Mükke)

## Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: [www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/](http://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/)

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

### Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

**Bank:** HELABA Frankfurt/Main  
**IBAN:** DE11 5005 0000 0090 5460 03  
**BIC:** HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

**Bank:** HELABA Frankfurt/Main  
**IBAN:** DE86 5005 0000 0090 5460 11  
**BIC:** HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

## Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 112**  
Leif Kramp, Stephan Weichert  
**Whitepaper Non-Profit-Journalismus**  
Handreichungen für Medien, Politik und Stiftungswesen
- **OBS-Arbeitsheft 111\***  
Janis Brinkmann  
**Journalistische Grenzgänger**  
Wie die Reportage-Formate von funk Wirklichkeit konstruieren
- **OBS-Arbeitsheft 110\***  
Henning Eichler  
**Journalismus in sozialen Netzwerken**  
ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?
- **OBS-Arbeitsheft 109\***  
Barbara Witte, Gerhard Syben  
**Erosion von Öffentlichkeit**  
Freie Journalist\*innen in der Corona-Pandemie
- **OBS-Arbeitsheft 108\***  
Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto  
**Framing in der Wirtschaftsberichterstattung**  
Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich
- **OBS-Arbeitsheft 107\***  
Leif Kramp, Stephan Weichert  
**Konstruktiv durch Krisen?**  
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106\***  
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher  
**Den richtigen Ton treffen**  
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105\***  
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk  
**Medienjournalismus in Deutschland**  
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104\***  
Valentin Sagvosdkin  
**Qualifiziert für die Zukunft?**  
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103\***  
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta  
**Medienmäzen Google**  
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102\***  
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.  
**Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts**  
Interventionsversuche und Reaktionsmuster

\* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 62

# **Auf der Suche nach Halt**

Die Nachwendegeneration in Krisenzeiten